Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 23. **Halle a. S., Freitag, den 15. Januar** **1909.**

Wieweit ist eine Mittelstands-Krankenkasse durchführbar?

Wir finden in der neuesten Nummer der „Jungliberalen Blätter" den nachstehenden Artikel, der ein ebenso wichtiges wie bisher vernachlässigtes Kapitel der Sozialpolitik behandelt. Wir erklären ausdrücklich: Wir identifizieren uns nicht mit allen Einzelheiten dieser Auslassungen, wir möchten vielmehr mit dem Abdruck der hier wiedergegebenen Gedanken die Frage zur Diskussion stellen. Jedenfalls ist das hochwichtige Thema der öffentlichen Erörterung und Beachtung wert.

— — — — — — — — — — — —

Es ist eigentlich erstaunlich, daß von den interessierten Kreisen die Forderung, auch dem Teil der Bevölkerung, der nicht zur Lohnarbeiterschaft gehört, die Wohltaten einer Krankenversicherung zu verschaffen, nicht in viel schärferer Weise erhoben wird. Ueber die Notwendigkeit einer Unterstützung der Angehörigen des Mittelstandes wird ja wohl niemand im unklaren sein und auch darüber, daß der Mittelstand in der staatlichen Fürsorge, was soziale Maßnahmen anlangt, gegenüber der Arbeiterschaft zurückgeblieben ist. Es ist das einer der vielen Gründe, warum die kleinen Arbeitgeber so häufig die strengsten Gegner der Ausdehnung sozialer Fürsorge geworden sind. Jeder Arzt wird ja den Fall in seinem Kreise des öfteren erleben, daß die Frau eines kleinen Mannes krank geworden ist; der Arzt drängt wegen der besseren Pflege darauf, die Frau in eine Krankenanstalt zu bringen, aber der Mann sagt, das könne er nicht leisten. Zu gleicher Zeit hat sich aber das Dienstmädchen, weil durch die Erkrankung der Frau die Arbeit vermehrt ist, eines kleinen Defektes erinnert und läßt sich bequem ins Krankenhaus schaffen.

Auf dem **Aerztetage in Halle**, der die Frage der Mittelstandskrankenkassen behandelte, wurde so ziemlich von allen Seiten anerkannt, daß außer der Lohnarbeiterschaft auch noch eine Reihe anderer Bevölkerungsgruppen mit Recht eine Erleichterung gegen alle die materiellen Schädigungen anstreben, die aus der Erkrankung des Einzelnen oder der Familienmitglieder erwachsen.

Es ist eine in der Sache liegende Notwendigkeit, daß die soziale Fürsorge, welche die Arbeiterschaft erfahren hat, bei den Ständen, die keineswegs auf Rosen gebettet sind, sondern häufig mit viel größerer Sorge als der Arbeiter in die Zukunft schauen müssen, den Trieb erweckt haben, sich die Wohltaten des sozialen Zusammenschlusses zu sichern.

Die sozialen Bestrebungen sollen den Menschen es erleichtern, die Lasten des Lebens zu ertragen; das sollen sie aber nicht dadurch tun, daß sie das Gewicht der Last selbst erleichtern, sondern dadurch, daß sie die Lasten auf mehrere Schultern verteilen. Eine Versicherung soll eine gemeinnützige Anstalt sein; sie soll aber weder selbst Almosen empfangen noch solche austeilen.

Es hat heute keine Bedeutung, darüber zu streiten, wieweit zugunsten der Arbeiterklasse, die unter zweitausend Mark verdient, ein Abgehen von diesem Prinzip berechtigt ist; sowie es sich um Klassen handelt, die ein größeres Einkommen haben, muß man sich jedenfalls streng an den Versicherungscharakter der Anstalten halten.

Die Mittelstandskrankenkassen sind vor allem aus zwei Gründen nicht zur Blüte gelangt. Das Publikum, dem sie zu dienen haben, ist ein zu verschiedenartiges nach Lebenshaltung und Lebensansprüchen, und durch das Beispiel der gesetzlichen Krankenkassen haben sie ihre Leistungen von Anfang an zu hoch gespannt. Wogegen will ein Mann in einer Krankenkasse versichert sein? Es sind das die Arztkoste, die Apothekenkosten, die Kosten der kleinen Heilmittel, die Kosten der Heilanstalten und der Entgang des Verdienstes. Es sind nun für den Mittelstand keineswegs die Arztkosten, die Apothekenkosten und die Aufwendungen für die kleinen Heilmittel, weswegen er einer sozialen Hilfe bedarf; erst dann, wenn Nachtwachen nötig sind, wenn Krankenhausbehandlung eintreten muß, dann wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Leute überschritten. Es wäre eine heilsame Beschränkung, wenn die Mittelstandskasse als Versicherungskasse sich einstweilen auf die Kosten der Krankenpflege und des Aufenthaltes in einer Heilanstalt beschränken wollte und für das übrige den Charakter einer Hilfskasse hätte, die dem Kranken in irgendeiner Weise für eine gewisse Zeit eine gewisse Summe Geldes ausbezahlt.

Diese Beschränkung hätte eine ganze Anzahl von Vorteilen. Die Frage, wie es denn mit dem Krankengelde zu halten sei, würde wegfallen, und damit wäre der bedeutendste Antrieb zu einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme der Kasse von seiten der Kranken beseitigt. Wollte man gegen den Entgang an Verdienst versichern, so müßte das jedenfalls in Form einer Zuschlagskasse geschehen, da ja die Angehörigen des Mittelstandes aus dem Kreise der Beamten einer solchen Versicherung nicht bedürfen. Das werden nicht allzuviele Leute sein, die etwa einem befreundeten Arzte zu Liebe sich in dessen Anstalt legen und den Kranken spielen oder die einer bedürftigen Krankenwärterin einen Verdienst verschaffen dadurch, daß sie sie einige Nächte bei sich unterbringen. Die Frage des Arztsystems, ob freie Arztwahl oder nicht, würde auf diese Weise ausschalten, da die Kasse in diesem Sinne gar nicht unmittelbar mit den Aerzten verkehrt; natürlich müßte die Kasse von ihren Mitgliedern verlangen, daß sie den Arzt vom ärztlichen Berufsgeheimnisse, soweit die Bedürfnisse der Kasse in Frage kommen, entbinden.

Nun aber werden vielleicht die Aerzte, welche Heilanstalten besitzen, sich beklagen und werden sagen, ja, durch eine solche Einrichtung werden zwar die Aerzte in der Praxis nicht in ihrem Verdienste beeinträchtigt, aber wir Heilanstaltsbesitzer werden in den Preisen gedrückt werden.

Der Schutz dagegen würde dadurch gegeben sein, daß man nicht wieder in den Fehler verfällt, der anfänglich bei den Krankenkassen gemacht wurde, daß man sie als charitative Anstalten betrachtete, sondern daß man von vornherein die Anstalt als Versicherungsanstalt einschätzt. Das kann um so leichter geschehen und wird von der Oeffentlichkeit um so weniger übel genommen, je weniger engherzig man bei der Ziehung der Grenze nach oben ist, bis zu welcher die Leute das Recht auf die Kasse haben.

Ein weiterer Schutz würde in der Weise bestehen, wie die Bezahlung der Rechnungen der Heilanstalten zu erfolgen hätte.

Wollte man das Aerztehonorar mit hereinbeziehen in den Kreis der Versicherungstätigkeit, so würde auch dieses nach der vorzuschlagenden Weise zu behandeln sein.

Die Ausbeutung der Aerzte und der Kasse ist bei den bestehenden Kassen teilweise dadurch gegeben, daß man in übertriebenem Mitleid nun alle Kosten auf sich genommen hat und nun der Kranke sich während der Nacht gar nicht besinnt, ob er nicht vielleicht ohne zu große Beschwerde bis zum Tage warten kann, bis er den Arzt in Anspruch nimmt, und dergl. mehr.

Die Kasse würde je nach Beitragshöhe ihre Mitglieder in Klassen einteilen können und würde ihren Mitgliedern einen Schein geben, auf dem sie dem Arzte bezw. der Krankenanstalt mitteilt, daß sie für jeden Tag des Aufenthaltes des Kranken in der Anstalt ? Mark zu bezahlen sich verpflichtet, daß sie für die Beratung in der Sprechstunde ? Mark, für den Besuch ? Mark und für die sogenannten Extraleistungen ? Prozent des mittleren Preises der staatlichen Gebührenordnung bezahlt. Wieviel der Arzt wirklich berechnen will, bleibt ihm dann überlassen, es muß vom Patienten dann daraufgezahlt werden.

Eine solche Kasse müßte, um leistungsfähig zu sein, auf breitester Grundlage aufgebaut werden, infolgedessen wird man ihre Gründung nicht wohl allein der privaten Initiative überlassen können. Die privaten Versicherungsgesellschaften werden mit Recht nur schwer an eine solche Aufgabe herangehen, weil ihnen aus Mangel an Erfahrungen die Grundlage eines statistischen Materials fehlt; das von den bereits bestehenden Kassen zu liefernde kann nur mit größter Vorsicht verwendet werden, weil mit der Aenderung der Gesellschaftsschichten die ärztliche Inanspruchnahme eine ganz andere wird. Die privaten Gesellschaften müßten auch zu hohe Prämien nehmen, weil sich vor allem für den Anfang nur solche Leute aufnehmen ließen, die aus irgendwelchen Anzeichen Grund haben, eine baldige Erkrankung zu fürchten.

Ein besser gangbarer Weg wäre der, daß bestimmte Berufsorganisationen, die Privatbeamten, die Lehrer, die Verkehrsbeamten, der Offiziersverein u. a. sich zu diesem Zwecke zusammenschließen und die Sache für ihre Mitglieder unternehmen und mit ihrem ganzen Stamme sich beteiligen. Dadurch würde ein breiter Boden geschaffen, der billigere Prämiensätze ermöglichen würde. Der dritte und mir sympathischste Weg wäre, daß der Staat selbst die Sache in die Hand nimmt und wenigstens für einen Teil der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten die Kasse mit gesetzlichem Zwange durchführt und den übrigen den Beitritt offen läßt. — Das würde nun eine Aufgabe der politischen Parteien sein, durch eine reichliche Propaganda dieser Vorschläge und eine Besprechung derselben ihre Durchführbarkeit zu prüfen und ihre Bereitwilligkeit zu zeigen, dem Mittelstande zu helfen. Die vorgeschlagene Kasse hätte den Vorteil, daß sie sich den verschiedenen Anforderungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten anschmiegen kann, daß sie die Freiheit der Aerzte in der Behandlung der Kranken und die der Kranken in der Auswahl der Aerzte ihres Vertrauens unangetastet läßt.

Es wäre auch die zweite Schwierigkeit, die eingangs genannt wurde, beseitigt, denn diese Kasse, die im Grundstock Krankenhaus und Krankenpflege einbegreift, kann darauf zu gleicher Zeit in verschiedener Weise aufbauen, in der Form der Hilfskasse, die eine gewisse tägliche Summe dem Kranken ausbezahlt und ihre Verwendung ihm überläßt, das kommt für solche Leute in Frage die im Falle der Erkrankung keinen Verdienst haben. Ein weiterer Aufbau wäre die Versicherung gegen Arztkosten in der vorgeschlagenen Weise.

Nun könnte man einwenden, das ist keine Mittelstandskasse mehr, sondern eine allgemeine Kasse für alle Menschen mit einem Verdienst über 2000 Mark jährlich. Das ist nicht so schlimm, denn wir werden dem sozialen Gedanken nur nützen, wenn alle Kreise des Volkes ihren Nutzen dabei finden.

Dr. Siebert-München.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Das Fest des Schwarzen Adlerordens. Der Zeremonienmeister des Ordens vom Schwarzen Adler, Graf von Kanitz, läßt folgende Ansage ergehen: Der Kaiser hat beschlossen, am Montag, den 18. Januar, im königlichen Schlosse zu Berlin die kapitalfähigen Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler zur Aufnahme einiger Mitglieder und zur Abhaltung eines Kapitels um sich zu versammeln.

— Zu Ehren des Präsidenten Kayser, des in den Ruhestand getretenen Chefs der Ministerial- und Baukommission, sowie des Bezirksausschusses zu Berlin fand am Mittwoch ein Festmahl statt, an dem die Minister Frhr. v. Rheinbaben und v. Moltke teilnahmen.

— Prinz Kuni von Japan, der sich von Berlin zunächst nach München begeben hat, gedenkt von dort eine halbjährige Studienreise durch Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten anzutreten und sich dann nach Japan zurückzubegeben.

Vom Justizetat.

Die Budgetkommission des Reichstages begann am Mittwoch ihre Beratung beim Justizetat. Beim Gehalt des Staatssekretärs wird die Frage der Repräsentationskosten angeschnitten. Zentrum und Sozialdemokraten wünschen überhaupt nach Möglichkeit ihre Beseitigung; bei den andern Parteien spricht man sich nur für ihre Einschränkung aus. Ihre Beseitigung würde zur Geldsackwirtschaft führen, z. B. bei den Botschaften. Die Anregung, die Repräsentationsgelder des Staatssekretärs, die 14 000 Mk. betragen, zu kürzen oder künftig wegfallen zu lassen, wird daher abgelehnt; ebenso ein Antrag auf Streichung der Zulage des Bureauvorstehers. Der Remunerierungstitel von 50 000 Mk. wird bewilligt mit dem Vorbehalt der Nachprüfung nach Beratung der Besoldungszulagen. Sehr eingehend wird die Angelegenheit der Reisekosten und Tagegelder verhandelt, die auch in der Steuerkommission angeschnitten wurde. Es wird eine Resolution beantragt, wonach die Tagegelder und Reisekosten künftig nur in der Höhe der wirklich entstandenen Kosten unter Festsetzung eines Höchstbetrages bewilligt werden sollen; die Beschlußfassung hierüber wird bis zur Beratung des Etats des Reichsschatzamtes zurückgestellt. Die Budgetkommission beschließt, sämtliche Ressorts zu veranlassen, eine gegliederte Aufstellung der wirklich bezahlten Reisekosten, Umzugskosten, Tagegelder usw. zu geben.

Eine Resolution, die den Wunsch äußert, daß in die literarische Sachverständigenkammer zur Beurteilung aller das Urheberrecht betreffenden Angelegenheiten auch praktische Journalisten als Sachverständige berufen werden, und weiter, daß die Strafverfolgung wegen unbefugten Nachdrucks erst nach Anhörung der literarischen Sachverständigenkammer eingeleitet werden soll, entspricht, wie der Staatssekretär erklärt, bereits der tatsächlichen Uebung.

Bei den weiteren Titeln des Justizetats wird in dem Titel „Zu Geschäftsbedürfnissen, Erleuchtung usw. sowie zur Gewährung von Beihilfen an die expedierenden Beamten behufs Beschaffung von Schreibmaschinen" die Mehrforderung von 3000 Mk. abgelehnt, ebenso die entsprechende Mehrforderung von 7400 Mk. beim Reichsgericht. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß die Sekretäre des Reichsgerichts nicht übermäßig stark beschäftigt seien und ein für ihre Tätigkeit sehr hohes Gehalt beziehen. Der in der Höhe von 3000 Mk. eingestellte Fonds zur Unterhaltung und Ergänzung der Inventarstücke in der Dienstwohnung des Präsidenten des Reichsgerichts wird um 1000 Mk. gekürzt. Der Justizetat wurde erledigt.

Neue Fälschungen von Kaiserworten.

Kaum sind die Versuche, die Anrede des Kaisers an die kommandierenden Generale zu einer politischen Kundgebung zu stempeln, unter dem Eindruck der Erklärung des „Reichsanzeigers" verstummt, so meldet sich ein Berliner Blatt mit einem Bericht, der in die Aeußerungen des Kaisers bei der Jubiläumsfeier des Kaiser Franz-Gardegrenadierregiments politische Anspielungen einschmuggeln will. Es wird behauptet, der Kaiser habe den Satz gesprochen: **„Es können, was der Allmächtige verhüten möge, noch schwerere Zeiten kommen."** Von einem Teilnehmer an der Feier, dessen hervorragende Stellung es ihm ermöglichte, jedes Wort zu hören, das Kaiser Wilhelm bei dieser Veranstaltung sprach, wird der „Köln. Ztg." versichert, daß weder die oben angeführten noch eine ähnliche Aeußerung gefallen ist.

Kaiserproklamation und Reichswappen.

Der bevorstehende Jahrestag der Kaiserproklamation zu Versailles ruft die Erinnerung wach an die erste Verwendung des deutschen Wappenschildes, das bei diesem denkwürdigen Anlaß zum ersten Male als äußeres Sinnbild des geeinten Deutschen Reiches diente.

In seinem Buche „Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871" (Berlin, Mittler & Sohn), das den historischen Akt in allen seinen Vorbereitungen und in seiner feierlichen Durchführung erschöpfend und auf Grund

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090115010/fragment/page=0001

von eingehenden Forschungen schildert, erzählt Dr. Th. Toeche-Mittler, der in der Spiegelgalerie zu Versailles Zeuge der Kaiserproklamation war, daß auf einer Stoffwand in der Galerie ein vom Grafen Harrach entworfenes deutsches Reichsadler-Wappenschild angebracht wurde. Dieses zeigte auf goldenem Grunde den schwarzen Adler mit rotem Schnabel, roter Zunge und roten Krallen, der als Herzschild das Hohenzollernwappen trug. Auf dem einfachen dreieckigen Schilde ruhte eine altertümliche, von hochgestellten Geldplatten gebildete Kaiserkrone. Dieses Schild wird jetzt im Hohenzollernmuseum zu Berlin aufbewahrt. Auf der Rückseite befindet sich ein vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem nachmaligen Kaiser Friedrich, geschriebener Vermerk, der die Verwendung des Wappens bei dem historischen Akte bestätigt. Der Maler Ferdinand Graf von Harrach tat in seiner militärischen Stellung als Sekondeleutnant der Landwehr-Kavallerie Dienst als Ordonnanzoffizier und war zum Oberkommando der dritten Armee kommandiert. Verfertigt wurde das Schaustück von einem Sachverständigen, C. L. Magnus, dem Angestellten einer Berliner Uniform- und Militäreffektenfabrik, der die Truppen behufs Ergänzung der Armaturstücke ins Feld begleitet hatte, und zur Hand ging ihm dabei eine Französin. Am Abend des 18. Januar waren der Kaiser, die Fürstlichkeiten und die kommandierenden Generale beim Kronprinzen zum Tee versammelt. Der Kronprinz zeigte einigen Herren dieses Wappenschild. Der Kaiser trat zu der Gruppe und fragte, was es da zu sehen gäbe. Als ihm Prinz Karl, sein Bruder, das Wappen zeigte und erklären wollte, wandte er sich kurz ab mit dem Worte: „Ach so!"

Zur Besoldung der Kommunalbeamten.

Ein Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten betreffend die **Besoldung der Kommunalbeamten** lautet folgendermaßen:

„Die auf den Erlaß vom 25. Mai 1907 erstatteten Berichte haben ergeben, daß die Besoldung der Kommunalbeamten an vielen Orten einer Aufbesserung dringend bedürftig ist. Im Hinblick auf die im Reich und in Preußen bevorstehende Gehaltserhöhung der Staatsbeamten und mit Rücksicht auf die allgemeine Verteuerung der Lebensverhältnisse ersuche ich, dieser Angelegenheit sorgsame Prüfung zuzuwenden und insbesondere den Gemeinden, vornehmlich den Städten zu empfehlen, für eine den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Gehaltsaufbesserung im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und soweit dies nicht bereits aus eigenem Antriebe der Kommunen erfolgt ist, ernstlich Sorge zu tragen."

Aus Anlaß der gegenwärtig erfolgenden gesetzlichen Regelung der Besoldung für die Reichs- und unmittelbaren Staatsbeamten hat der Vorstand des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens auf Sonntag, den 17. Jan. d. J., einen allgemeinen preußischen Gemeindebeamtentag nach Berlin (Haus des Berliner Lehrervereins, Alexanderstraße 41) einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. die dienstlichen Anforderungen an die Gemeindebeamten, ihre Pflichten und Rechte; 2. die Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten Preußens und die wirtschaftliche Lage der letzteren im Verhältnis zu den unmittelbaren Staats- und den Reichsbeamten; 3. Reformbedürftigkeit des Kommunalbeamtengesetzes.

Aus den Kolonien.

Die Ausschreitungen in Kamerun.

Zu den kürzlich durch zahlreiche Blätter gegangenen Nachrichten über Ausschreitungen farbiger Soldaten in Kamerun wird dem „B. T." von einem „alten Afrikaner" geschrieben:

„Der Vorgang, der den jüngsten Zeitungsmeldungen zugrunde liegt, ist folgender: Seit dem 1. April v. J. ist es den Eingeborenen in Kamerun untersagt, Elefanten mit Gewehren abzuschießen. Die Jagd darf nur mit Bogen und Pfeil ausgeübt werden, und ein Zahn des jeweilig erlegten Tieres ist der Regierung auszuliefern. Es war nun bekannt geworden, daß einige Häuptlinge die Verordnung nicht eingehalten haben, und wurden daher Patrouillen ausgesandt, um das Elfenbein einzuziehen. Das in Frage kommende Gebiet wird im Westen von der Linie Tabene-Nanga-Eboko-Sanaga, im Osten von der Dumestation-Bertua-Bitari begrenzt. Daß von den Patrouillen Ausschreitungen vorgekommen sind, ist jedem, der die Soldaten unterwegs traf, nicht zweifelhaft gewesen, da ein Teil der Zähne dem Aussehen nach von längst vor Inkrafttreten der Verordnung erlegten Tieren stammte. Die Verordnung selbst war übrigens selbst Europäern im Mai 1908 noch unbekannt. Auch die Erbeutung von Pferden, Waffen und das Mitschleppen von Männern und Weibern, die zum Teil gefesselt waren, war doch sicher nicht in den ursprünglichen Befehlen angeordnet worden.

Es ist um so mehr zu bedauern, daß alle Vorfälle dieser Art sich immer wieder in Gebieten ereignen, die wie die in Frage kommenden längst durch den Handel eröffnet sind, und in denen von Urzuständen keine Rede mehr sein kann! Der schwarze Soldat hat sich, sobald er unbeobachtet ist und weiß, daß die Nachprüfung seiner Schandtaten mit Schwierigkeiten verknüpft ist, als durchaus unzuverlässig gezeigt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß von fünf Patrouillen mindestens vier sich Uebergriffe zuschulden kommen lassen, sei es nur ein Hühnerdiebstahl oder ein bißchen Weiberraub. Daß diese Uebergriffe nicht immer angezeigt werden, beruht in den Kameruner Verhältnissen. Die einzelnen Dorfältesten unterlassen die Anzeige aus Furcht vor den Kameraden des Täters, und die Kaufleute tun es nicht aus leicht begreiflichen Gründen: es ist nicht jedermanns Sache, als „Stänker" verschrien zu werden. Und so läßt man die Fünf öfter gerade sein, als es für die Kolonie zuträglich erschien.

Außerkurssetzung der Neuguinea-Münzen.

Laut Verordnung des Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea vom 5. September 1908 werden die Münzen der Neuguinea-Kompagnie mit Wirkung vom 15. April 1911 ab außer Kurs gesetzt. Während der Zeit vom 15. April 1911 bis 15. April 1914 können mit den Neuguinea-Münzen noch Zahlungen an öffentlichen Kassen des Schutzgebiets Deutsch-Neuguinea geleistet, auch können die genannten Münzen während dieser Zeit bei den öffentlichen Kassen gegen Reichsmünzen umgetauscht werden.

Allgemeine Mitteilungen.

— Die Blättermeldungen, Graf Hohenthal werde sofort einen längeren Urlaub antreten und nach Mentone gehen, sind falsch. Der erkrankte Minister geht nicht vor Abschluß der Wahlreform, und dann nach Meran.

— Aus Anlaß der Güterwagengemeinschaft sind nach den „Münch. N. Nachr." von Bayern 6000 Wagen im Werte von rund 20 Millionen Mark neu zu beschaffen.

Heer und Flotte.

Das Sparprinzip für das Kaisermanöver.

Der Kaiser hat angeordnet, daß die diesjährigen Kaisermanöver erst Mitte September beginnen sollen. Diese Anordnung ist dahin zurückzuführen, daß infolge der spät fallenden Ernte kostspielige Flurschäden möglichst vermieden werden sollen. Bekanntlich spielen die diesjährigen Kaisermanöver in der Gegend am unteren Neckar sich ab.

— Die Deputation des preußischen Kaiser-Franz-Garde-Grenadierregiments ist aus Berlin in Wien eingetroffen und hat im Hotel Imperial, wo die Offiziere als Gäste des Kaisers Franz Josef weilen, Wohnung genommen. Dann empfing der Kaiser die Deputation in der Hofburg in besonderer Audienz und nahm die Glückwünsche des Regiments aus Anlaß des Jubiläums der 60jährigen Inhaberschaft entgegen.

Kiel, 13. Jan. Ein Marinedetachement für das im Innern Chinas stationierte Flußkanonenboot „Vaterland" ist am Mittwoch unter der Führung des Leutnants z. S. Marcard nach Ostasien abgegangen. Die Truppen bleiben der Heimat fast 2½ Jahre fern und werden ständig auf dem oberen Jangtse bis Suifu und dem Minfluß bis Kiating tätig sein. Der Hauptliegehafen ist Tschungking, die etwa 2000 Kilometer stromaufwärts liegende Hauptstadt von Szetschwan mit recht vielen deutschen Niederlassungen. Seit fast zwei Jahren — am 22. Januar 1907 verließ „Vaterland" Schanghai — hat das Flußkanonenboot die Küste nicht wiedergesehen. Im Sommer dieses Jahres geht der zweite Stationär für den oberen Jangtse nach Schanghai ab, so daß der schwere Dienst im Innern durch Erholungsfahrten nach der Küste eine Unterbrechung erfahren kann.

Deutscher Reichstag.

184. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Der Handelsvertrag mit Salvador wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung genehmigt. Dann wird die erste Beratung des Gesetzentwurfes betr. die

Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte

fortgesetzt.

Abg. **Brühne** (Soz.):

Daß der Entwurf einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande darstellt; ist richtig. Aber er geht noch nicht weit genug. Zwischen Unterstützung und Unterstützung besteht ein Unterschied. Bei unverschuldeter Armut sollte überhaupt nicht an Entziehung politischer Rechte gedacht werden. Unsere ganze Armenpflege müßte geändert werden, sie müßte früher einsetzen, nicht erst dann, wenn es zu spät ist, um eine Familie, der die völlige Verarmung droht, in ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu erhalten. Mit Recht hat gestern der freisinnige Redner darauf aufmerksam gemacht, daß wir auch die landesgesetzlichen Bestimmungen, die der Ausübung politischer Rechte entgegenstehen, beseitigen müssen. Aufgabe der Kommission wird es sein, dafür zu sorgen.

Abg. **Raab** (wirtsch. Vgg.)

stimmt der Vorlage ebenfalls zu, vorbehaltlich genauerer Präzisierung von Einzelheiten. Beispielsweise entstehe die Frage, wie es zu halten sei, wenn mit der Rückerstattung von Unterstützungen erst begonnen worden sei. Auch die entsprechende Revision der landesgesetzlichen Vorschriften müsse in der Kommission ihre Regelung finden.

Abg. **Dove** (frs. Vgg.):

Wir haben gerade auf dem Gebiete der kommunalen Wahlrechte eine umfangreiche Beeinträchtigung der politischen Rechte. Hat doch das Oberverwaltungsgericht eine Armenunterstützung in dem hier in Betracht kommenden Sinne schon darin erblickt, wenn ein Kind in ein Krankenhaus aufgenommen wurde unter Stundung der Kosten. Wir müssen also unbedingt nicht nur die reichsgesetzlichen, sondern auch die landesgesetzlichen Vorschriften aufheben, die einer solchen Reform entgegenstehen. Die Kompetenz des Reiches hierfür ist unzweifelhaft. Ueber die Kompetenz-Kompetenz des Reiches in solchen Dingen sind alle Staatsrechtslehrer einig. Die Regierung braucht sich an Kompetenzbedenken um so weniger zu stoßen, als ja auch der Abg. Mayer-Kaufbeuren, ein Bayer und Mitglied des Zentrums, gegen eine solche Erweiterung der Reichs-Kompetenz nichts einzuwenden hat.

Abg. **Brandis** (Pole)

begrüßt die Vorlage namens seiner Partei mit größter Sympathie.

Abg. Dr. **Hoeffel** (Rp.)

begrüßt ebenfalls den Entwurf.

Der Entwurf geht an eine besondere Kommission.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh.

Nach der Vorlage sollen die Landesregierungen ermächtigt sein, die Preisfestsetzung nach Lebendgewicht obligatorisch vorzuschreiben.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.)

befürwortet einen von den Freisinnigen eingebrachten Antrag, im § 1 des Entwurfs einen Absatz des Inhalts einzuschalten: „Vorschriften, durch welche die Feststellung von Preisen nach Schlachtgewicht verboten, dürfen auf Grund dieses Gesetzes nicht erlassen werden." Wolle man schon einmal die Klinke der Gesetzgebung ergreifen, um eine Preisfeststellung nach Lebendgewicht zu erzwingen, so müsse zum wenigsten im Interesse des reellen Schlächtergewerbes dafür gesorgt werden, daß auch die Preisfestsetzung nach Schlachtgewicht gestattet bleibe.

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Der Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg sagte bei der ersten Lesung, die Vorlage bezwecke, die Preisfeststellung durchsichtiger zu machen. An dem guten Glauben des Staatssekretärs zweifle ich nicht, er kann aber nicht alle Verhältnisse beherrschen, die in sein überaus ausgedehntes Ressort gehören. Den anderen jedoch, die die Anregung zu diesem Gesetzentwurf gegeben haben, kann ich solchen guten Glauben nicht zusprechen. Denn die Preisfeststellung nach Lebendgewicht ist nicht geeignet, die ganzen Preisverhältnisse durchsichtiger zu machen, sondern vielmehr geeignet, geradezu irreführend zu wirken. Hätte der Entwurf für die Landwirte, besonders für die kleinen, auch nur den geringsten praktischen Nutzen, ohne die Allgemeinheit zu schädigen, dann würden wir ihn uns gefallen lassen, aber er nützt den Landwirten gar nichts und schafft nur für den Handel und das Schlächtergewerbe Belästigungen. Liegt Ihnen (nach rechts) wirklich nur daran, die Preisverhältnisse durchsichtiger zu machen, dann müssen Sie zum wenigsten den Antrag stellen, den wir Ihnen hiermit vorlegen: den Absatz 2 des § 1 so zu fassen: „Werden Vorschriften über die Feststellung der Preise erlassen, so müssen sie sich auf das Lebend- und Schlachtgewicht erstrecken." Dieser unser Antrag ist auch zweckmäßiger als der freisinnige Antrag. Ich bin wirklich neugierig zu hören, ob Sie und was Sie etwa gegen diesen Antrag einzuwenden haben. Lehnen Sie ihn ab, dann beweise Sie damit, daß Ihr Argument für diesen Entwurf, „Erlangung einer guten und zuverlässigen Statistik", nicht Ihren innersten Gedanken entspricht. (Beifall.)

Inzwischen ist noch ein Antrag Graf Schwerin-Löwitz (k.) eingegangen, einen Absatz einzuschalten des Inhalts: „Vorschriften, durch die die Feststellung von Preisen nach Schlachtgewicht verboten wird, dürfen, sofern diese Feststellungen auf tatsächlichen Unterlagen und nicht lediglich auf Schätzungen beruhen, auf Grund dieses Gesetzes nicht erlassen werden."

Abg. **Rösicke** (B. d. L.)

empfiehlt diesen Antrag. Das Gesetz bezweckt eine klare, durchsichtige Statistik der Preise. Diese ist nötig, um endlich Klarheit zu schaffen und damit endlich der Vorwurf gegen die Landwirte und gegen uns als nichtig erwiesen wird, wir wollten uns immer nur die Taschen füllen. Das war niemals unsere Absicht. (Lachen links.) An sich könnten wir ja dem Antrage Fischbeck zustimmen, aber er schafft doch noch bedenkliche Möglichkeiten. Wir sind jedoch bereit, ihn anzunehmen, wenn Sie in die von uns beantragte Kautel einwilligen, die Preisfeststellung nach Schlachtgewicht nur dann zuzulassen, sofern diese Feststellungen auf tatsächlichen Unterlagen und nicht bloß auf Schätzungen beruhen. Die Feststellung nach Lebendgewicht erfolgt ja jetzt schon auf vielen Märkten, und für Schweine ist sie ja sogar ganz allgemein. Die Befürchtungen der Schlächter sind also ganz unbegründet.

Abg. **Wachhorst de Wente** (nl.):

Der Antrag der Sozialdemokraten kompliziert die Sache. Dem Antrag Fischbeck könnten wir ja zustimmen, aber auch er erschwert wohl die Durchführung des Gesetzes, wir werden also dem Antrage der Konservativen zustimmen.

Abg **Gerstenberger** (Ztr.)

tritt ebenfalls für den Entwurf in der durch den konservativen Antrag bedingten Fassung ein.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg**

erklärt, daß der Entwurf keinerlei grundlegende Aenderung bezwecke, sondern lediglich eine übersichtliche Preisnotierung. Daher sind alle Abänderungsanträge entbehrlich.

Abg. **Kobelt** (wildlib.):

Der Entwurf erfüllt einseitig die Wünsche der Landwirtschaft. Händler, Fleischer und Konsumenten hat man nicht gefragt. Der freisinnige Antrag verhütet wenigstens das Schlimmste. Ich beantrage Kommissionsberatung.

Abg. **Vogt**-Greifswald (wirtsch. Vgg.) und **Hilpert** (Bayer. Bund) sprechen im Sinne des Dr. Roesicke.

Die Kommissionsberatung wird abgelehnt. Unter Ablehnung des freisinnigen Antrags wird der Gesetzentwurf mit dem Antrag der Konservativen angenommen.

Es folgt die Beratung der Petition der Bauarbeiter-Schutzkommission in München auf Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand. Die Kommission empfiehlt Berücksichtigung, ein konservativer Antrag Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **Pömelburg** (Soz.)

tritt für den Kommissionsantrag ein.

Abg. **Wölzl** (nl.)

empfiehlt ebenfalls den Kommissionsantrag. Die Befürchtung, daß das Amt zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden könnte, ist nach den Erfahrungen in Süddeutschland grundlos.

Abg. **Irl** (Ztr.)

weist darauf hin, daß der Reichstag schon früher sich für Baukontrolleure ausgesprochen habe.

Abg **Wieland** (D. Vp.):

Durch die Einführung der Kontrolleure würden die Unfälle vermindert werden. Zur Kontrolle sind praktisch und technisch ausgebildete Leute nötig aber zur gutachtlichen Mitwirkung kann man auch Arbeiter heranziehen. Die Kosten werden nicht so bedeutend sein.

Abg. **Pauli**-Potsdam (kons.)

tritt nochmals für Uebergang zur Tagesordnung ein. Die Sozialdemokratie will die ganze Sache nur parteipolitisch ausnutzen. Legen Sie dem Mittelstand keine neuen Lasten auf.

Damit schließt die Diskussion. Die Petition wird unter Ablehnung des konservativen Antrags zur Berücksichtigung überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Arbeitskammergesetz.

Schluß 6¼ Uhr.

Ausland.

Die Gerüchte von der Abdankung des Königs von Serbien.

Die Nachrichten von Abdankungsgelüsten des Königs Peter von Serbien und des Fürsten Nikita von Montenegro werden von Belgrad aus energisch dementiert und als Börsenmanöver bezeichnet. Tatsächlich müssen die Gerüchte mit äußerster Skepsis angenommen werden, denn daß König Peter sein Land bei der gegenwärtigen kritischen Lage den leichtfertigen und ungeschickten Händen seines Sohnes Georg preisgäbe, ist wenig wahrscheinlich. Auch würde dieser Sohn sich schwerlich allzulange Zeit auf dem Throne halten können, und die Abdankung des Königs wäre daher identisch mit dem Ende der Dynastie Karageorgewitsch. Ueber die angebliche Grundlosigkeit der Gerüchte berichtet folgendes Telegramm:

Wien, 14. Jan. Mit Bezug auf die Gerüchte, daß König Peter von Serbien in einem für heute nachmittag einberufenen Ministerrat seine Demission zu geben gedenke, erhält die „Neue Freie Presse" aus Semlin die Auskunft, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehre. Gestern abend hat in Belgrad ein Hofball stattgefunden, heute fand aus Anlaß des Neujahrsfestes die übliche Gratulation bei Hofe statt. Beide Feste verliefen in gewohnter Weise.

Das Schicksal der Insel Kreta.

Nachdem die Verständigung Oesterreichs und der Türkei erfolgt ist, und auch das Zustandekommen einer Einigung mit Bulgarien erwartet werden kann, bleibt noch die Erledigung der Differenzen zwischen der Türkei und Griechenland übrig. Nach der folgenden Meldung wäre die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090115010/fragment/page=0002

Frage, ob die Insel Kreta fortan zu Griechenland gehöre, von den Mächten zugunsten der Türkei entschieden worden:

Konstantinopel, 14. Jan. Der Minister des Aeußern Ahmed Tewfik-Pascha erklärte dem „Osman. Lloyd" zufolge, daß auf Vorschlag Englands die Schutzmächte Kretas beschlossen haben, die Regierung auf Kreta wie bisher weiterzuführen. Die Kretafrage werde weder jetzt zwischen der türkischen und griechischen Regierung, noch auf einer etwaigen Konferenz behandelt werden. Sämtliche Schutzmächte hätten sich über diesen Punkt bereits geeinigt.

Man wird gut tun, diese Nachricht zunächst mit Reserve aufzunehmen. Es ist nicht erfindlich, warum den Schutzmächten daran gelegen sein sollte, den Uebergangszustand der Schutzherrschaft auf Kreta noch weiter aufrechtzuerhalten. Man dürfte kaum die gegenwärtige Krise vorübergehen lassen, ohne eine definitive Entscheidung über das Schicksal Kretas zu treffen.

Oesterreichs Zahlungen an die Türkei.

Ueber die Bedeckung der an die Türkei zu leistenden Ablösungssumme wird, wie die „Voss. Ztg." aus Budapest erfährt, amtlich folgendes verlautbart:

Von den der Türkei zu bietenden 54¼ Millionen Kronen werden vorerst 10 Millionen aus den gemeinsamen Aktiven gezahlt werden. Hinsichtlich der übrigen 44¼ Millionen wird es sich später als notwendig erweisen, ein Anlehen aufzunehmen, allein der Zinsendienst dieser Anleihe wird in der Weise eingerichtet werden, daß den beiden Staaten keine Mehrbelastung daraus erwachsen wird. Zwei Drittteile der Zinsenlast sollen aus dem Betrage gedeckt werden, den Bosnien und die Herzegowina schon jetzt den Zentralaktiven zurückerstatten, das letzte Drittel aber, ein Betrag von ungefähr 80 000 Kr., soll in das Budget dieser Länder eingestellt werden, das auch bisher schon eine normale Steigerung der Einnahmen um 2½ Mill. Kronen aufweist.

Die royalistischen Unruhen in Frankreich.

Die republikanischen Hochschüler, die versprochen hatten, gegen die demonstrierenden Royalisten vorzugehen, halten Wort. Sie warteten am Mittwoch während der Vorlesung von Professor Thalamas auf die Jesuiten-Schüler und deren gemietete Hilfstruppen, die denn auch unter Hochrufen auf den König von Frankreich anrückten. Die Polizei griff kräftig ein und verhinderte gefährliche Zusammenstöße. Sie verhaftete wieder einmal Puso und Dessarte, die beständigen Bandenführer. Ein Teil ihrer Truppen gelangte auf Umwegen hinter dem Rücken der Polizei dennoch bis zu der republikanischen Jugend, die Gelegenheit fand, ihre Stöcke und Fäuste an den Klerikalen zu üben.

Kleine Tagesnachrichten.

— Der englische Handelsminister Winston O. Churchill drückte in einer Ansprache die Hoffnung aus, daß es dem jetzigen Kabinett gelingen würde, freundlichere Empfindungen zwischen dem britischen und dem deutschen Volke herzustellen.

— Der Zar hat 73 am 1. Januar (russischer Zeitrechnung) in Jekaterinoslaw vom Kriegsgericht zum Tode bezw. zu Zwangsarbeit Verurteilten im Gnadenwege die Todesstrafe erlassen bezw. Strafermäßigung zuteil werden lassen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 15 Januar.

Zum Ankauf des Zoologischen Gartens.

Auf acht Tage vertagt!

Der Etatsausschuß beschäftigte sich gestern in mehrstündigen Beratungen wieder eingehend mit dem Projekt des Ankaufs des Zoologischen Gartens. Die Beratungen wurden jedoch noch nicht abgeschlossen. **Die Entscheidung soll erst in 8 Tagen fallen.**

Neuer Stadtschulinspektor.

Die hiesige Königl. Kreisschulinspektion hat bei dem Magistrat beantragt, am 1. April d. J. einen Stadtschulinspektor für die hiesigen Mittel- und Volksschulen anzustellen.

Eine selbständige Pfarre für Cröllwitz?

In bezug auf die Frage „Eine selbständige Pfarre für Cröllwitz" geht uns folgende Erklärung zu:

„Die Angelegenheit ist bisher lediglich der Gegenstand vertraulicher Besprechungen gewesen, die zur Klärung dieser schwierigen Verhältnisse dienen sollten. Von irgendwelchen Beschlüssen, von Ansetzung bestimmter Geldsummen usw. ist bisher überhaupt nicht die Rede gewesen.

Ausdrücklich aber ist erklärt worden, daß jede Mehrbelastung der Cröllwitzer Gemeinde unter den augenblicklichen Verhältnissen vermieden werden müsse. Die endgültige Verselbständigung des Pfarramts in Cröllwitz muß eben hinausgeschoben werden, bis sie ohne eine solche erreicht werden kann.

In bezug auf Austritte aus der Kirche stelle ich fest, daß im ganzen Jahre 1908 ein einziger Austritt in Cröllwitz erfolgt ist. Alle Aufforderungen dazu sind bisher an dem gesunden Sinn der Cröllwitzer Bevölkerung gescheitert. Die Kirchensteuer kann keinen Grund zum Austritt bieten, da sie für eine Familie in der untersten Steuerstufe jährlich 90 Pfg. beträgt.

Scharfe,
Konsistorialrat.

Warmes Frühstück.

Die Verteilung warmen Frühstücks an arme Kinder der städtischen Volksschulen, wie sie nun eine ganze Reihe von Jahren stattfindet, hat seit einigen Tagen begonnen und wird während der kalten Wintermonate fortgesetzt. Die Speisung erfolgt vormittags 7½ Uhr. Die Kinder erhalten einen Becher warme Roggenmehlsuppe und ein Weißbrötchen. Der Andrang ist in diesem Jahre wegen der großen Arbeitslosigkeit sehr bedeutend. — Weiter schreibt man uns: Es ist vielfach bemerkt worden, daß manche Arbeiterkinder in dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise kein zweites Frühstücksbrot bekommen haben. Grund: der Vater ist arbeitslos. Würde nicht mancher hiesige bemittelte Menschenfreund — auf diese Tatsache aufmerksam gemacht — dem Magistrat Geld zur Verfügung stellen, daß solchen hungernden Kindern im Januar und Februar in der Pause um 10 Uhr ein Brötchen als zweites Frühstück zur Verfügung gestellt werden könnte?

Hauptamtliche Kreisschulinspektoren im neuen Kultusetat.

Ein etwas kräftigerer Schritt als im Vorjahre soll nach dem neuen preußischen Kultusetat in der Vermehrung der hauptamtlichen Kreisschulinspektoren gemacht werden, vorausgesetzt, daß Konservative und Zentrum nicht wieder Abstriche belieben. Es werden diesmal nicht weniger als 19 neue Stellen gefordert, die errichtet werden sollen in Elbing, Potsdam (bereits im Vorjahre gefordert, aber wie bekannt von der konservativ-klerikalen Mehrheit gestrichen), Berlin (2 Stellen in den Vororten), Senftenberg (Regierungsbezirk Frankfurt a. O.), Lauenburg und Rummelsburg (Reg.-Bez. Köslin), Magdeburg (Umgegend), Halle a. S. (Umgegend), Teuchern (für den größten Teil des Landkreises Weißenfels), Zeitz, Mühlhausen i. Th., Lüneburg-Celle, Recklinghausen, Wilhelmshaven, Halle i. W., Kassel (Umgegend) und Höchst.

Die Stellen in Potsdam, Berlin und Recklinghausen sind zur Entlastung von schon vorhandenen übermäßig gewachsenen hauptamtlichen Kreisschulinspektionen bestimmt. In den übrigen Fällen sind durch das rasche Anwachsen der Bevölkerung sowie der Schulen in den Industriegebieten und in größeren Orten oder deren Umgebung, ferner durch die stetig zunehmende nationale Mischung dermaßen schwierige Schulverhältnisse geschaffen, daß die Einrichtung der hauptamtlichen Kreisschulaufsicht notwendig erscheint.

Zugverbindung Leipzig—Halle.

Eine Verbesserung der Frühverbindung zwischen Leipzig und Halle strebt die Handelskammer zu Leipzig an. Sie äußert sich zu dieser Frage wie folgt:

In den geschäftlichen Kreisen Leipzigs wird es als ein Nachteil empfunden, daß für den Ortsverkehr von Leipzig nach Halle eine geeignete Frühverbindung fehlt. Während in der Zeit zwischen 5.55 und 7.00 Uhr vier Züge verkehren, verläßt der nächste Zug Leipzig erst 9.05, um in Halle 10.01 Uhr einzutreffen. Das ist für die meisten Geschäftsleute zu spät, da dann der halbe Vormittag bereits verloren ist. Der 6.54 in Leipzig abgehende, 7.29 in Halle ankommende Schnellzug liegt hingegen für den Ortsverkehr zu früh. Die Reisenden müssen, ehe sie ihre Geschäftsbesuche beginnen können, wenigstens eine Stunde lang zwecklos in Halle zubringen, ganz abgesehen von der Unannehmlichkeit, daß sie schon vor 6 Uhr früh aus ihrer Wohnung fort müssen, um rechtzeitig am Berliner Bahnhofe zu sein. Es wäre erwünscht, wenn durch Verlegung eines der jetzigen Züge oder durch Einlegung eines neuen Zuges eine Verbindung geschaffen würde, mit der man Leipzig gegen 8 Uhr verlassen und gegen ½9 Uhr in Halle sein könnte, wie von dort hierher zwei solche Verbindungen zu Gebote stehen: ab Halle 7.43 und 8.30, in Leipzig 8.19 und 9.06.

Die Handelskammer Leipzig hat ihren Vertreter im Bezirkseisenbahnrate Erfurt-Halle beauftragt, auf eine derartige Verbesserung hinzuwirken. Auf den Antrag des Vertreters soll die Angelegenheit auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Eisenbahnrates gesetzt werden.

Wetterberichte.

Aus dem Harz und aus Thüringen gingen uns telegraphisch folgende Wetterberichte zu:

Clausthal, 14. Januar. Temperatur 2 Gr. R., Windrichtung West, Schneelage 30 Ztm., Neuschnee, es schneit, Skiföre gut, Schlittenbahn gut, Schneelage bis Goslar und Osterode.

Wildemann, 14. Januar. Neuschnee. Schneedecke 15 Ztm., Skibahn gut, Rodelbahn gut (elektrisch beleuchtet), Schlittenbahn gut, Temperatur + 3 Gr. Sämtliche Hotels geöffnet.

Oberhof i. Thür., 14. Januar. Neuschnee, 3 Grad Kälte, klar, Sportbahnen gut.

Im Frauenverein zur Armen- und Krankenpflege hielt gestern Herr Professor D. Drews einen interessanten Vortrag über „Der Pfarrerstand in der Reformationszeit".

Der evangelische Pfarrerstand wurde wohl aus den katholischen Priesterstand gebildet, ist aber für sich ein Novum. Schon die Vereinigung katholischer Priesterwürde mit dem Amte eines kirchlichen Rechtsvorstehers, die große Rangsliste des Klerus und das Messelesen als höchste Funktion bilden krasse Gegensätze gegenüber dem einfachen Amte, der totalen Selbständigkeit und der Predigtausübungspflicht des evangelischen Pfarrers. Ein Spruch alter Zeit kennzeichnet die Funktionen der reformierten Priester: „Geh' frisch hinauf, tue das Maul auf und höre bald auf; wenig Kultus, viel Gotteswort verkündigen." In jedem Pfarrer steckt ein kleiner Luther, und dies ist das Edelmetall des Standes. Durch Aufhebung des Zölibates entstand einerseits das Pfarrhaus, welches den Kern des deutschen Mittelstandes bildet, andererseits wurde die Quelle vieler Sünden verschlossen. Anfangs hatte der neue Stand harte materielle Kämpfe zu bestehen, da die Bauern, die von den katholischen Priestern ausgesaugt waren, nichts zahlen wollten, und der Adelsstand durch Wegnahme kirchlicher Vorrechte sich feindlich verhielt. Die Pfarrer griffen deshalb zur Selbsthilfe und es ist im 16. Jahrhundert nicht selten der Seelsorger gleichzeitig Schankwirt, Bankier oder Landmann. Eigentliche Gelehrte finden sich erst anfangs des 17. Jahrhunderts. Den Beweis seiner Lebensfähigkeit erbrachte der Pfarrerstand während der Zeit des Interims, aus dem er, nachdem er später noch die Gefahren des dreißigjährigen Krieges durchmachen mußte, siegreich und gestärkt hervorging.

Den nächsten Vortrag über „Kaiser Karl V." hält Herr Dr. Hasenclever Montag, den 21. Januar, abends 6 Uhr, im Volksschulsaal Neue Promenade 13.

Schulhygienische Vorträge. Im Auftrage der städtischen Schulverwaltung hält Herr Schularzt Dr. Peters für die Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Schulen schulhygienische Vorträge, die sich regen Zuspruchs erfreuen. Den Vorträgen ist ein bestimmter, vorher bekannt gegebener Plan zugrunde gelegt.

Erledigte Lehrerstellen im Regierungsbezirk Merseburg. Nach der neuesten, soeben herausgegebenen Nummer des „Amtlichen Schulblatts" sind im Regierungsbezirk Merseburg augenblicklich oder zum 1. April d. J. 2 Rektorenstellen (in Ermsleben und Hohenleina), 13 Lehrer- und eine Lehrerinnenstelle (für eine Turn- und Handarbeitslehrerin in Bitterfeld) erledigt. Die Bewerbungen dazu sind mit Ausnahme der letztgenannten Stelle, für die der Magistrat zu Bitterfeld zuständig ist, an die Kgl. Regierung zu Merseburg, Abt. II, zu richten.

Vom Deutschen Landwirtschaftsrat. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf von Schwerin-Löwitz hat die 37. Plenarversammlung dieser Körperschaft auf den 16. bis 19. Februar nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung stehen neben den Steuervorlagen des Reichstages folgende Gegenstände von allgemeinem Interesse: 1. Bildung von Friedensvereinen zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten. 2. Die Förderung wirtschaftlicher Frauenschulen auf dem Lande. 3. Die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Körperschaften in Deutschland auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Bauwesens. 4. Die Taxvorschriften der deutschen Hagelversicherungsgesellschaften. 5. Ergebnisse der vom Reichsamt des Innern unterstützten Fütterungsversuche mit Trockenkartoffeln. 6. Mißstände im Düngemittelhandel (Kalisalze, Salpeter, Superphosphate). Als koloniales Thema hat der Landwirtschaftsrat diesmal „Die Wasserversorgung in unseren Kolonien" gewählt und als Referenten hierüber die Herren Landrat von Uslar und Professor Dr. Karl Dove gewonnen.

Der erste Hauptgewinn in der ersten Klasse der preußischen Klassenlotterie von 100 000 Mark fiel nach Sondershausen auf die Nummer 253 831. An dem Gewinn sind größtenteils arme Leute aus Sondershausen und Umgegend beteiligt.

Christlicher Verein junger Männer, Geiststr. 29. Am nächsten Sonntag ab. 8 Uhr wird Herr Domprediger Lic. Baumann einen Vortrag halten über das Thema: „Aus der Vergangenheit und Gegenwart Palästinas." Nachher Evangelisationsansprache. Jeder junge Mann ist eingeladen, der Zutritt frei.

Kellerbrand. Gestern nachmittag brach im Keller des Grundstücks Gr. Steinstraße 5 wahrscheinlich durch unvorsichtiges Umgehen mit einer brennenden Zigarre ein Feuer aus, das jedoch die herbeigerufene Feuerwehr bald löschen konnte. Der Schaden ist unbedeutend.

Provinzial-Nachrichten.

Ein Opfer des Wintersports.

† **Leipzig**, 14. Jan. Gestern nachmittag wurde ein Leipziger, der am 28. August 1886 in L.-Reudnitz geborene Lehrer Oskar Johannes Schmortte, Sohn des hiesigen Polizeiaktuars Schmortte, in der Nähe von Adorf das Opfer des Rodelsportes.

Schmortte, der in Adorf als Hilfslehrer tätig war, ging gestern nachmittag, der „Abendztg." zufolge, in Begleitung zweier Lehrerinnen nach dem Freiberger Berg bei Adorf, um dort zu rodeln. Durch einen unglücklichen Zufall geriet sein Schlitten aus der Bahn, Schmortte wurde mit dem Kopf gegen einen Baum geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Eine zufällig vorbeikommende Krankenschwester konnte nur den sofortigen Tod des jungen Mannes feststellen. Sein unglücklicher Vater hat sich sofort nach Adorf begeben.

Erweiterung des städtischen Krankenhauses.

* **Erfurt**, 13. Januar. Der Magistrat unterbreitet der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, die eine bedeutende Erweiterung des städtischen Krankenhauses vorsieht. Die Ausführung dieses Projektes wird nach dem vorläufigen Anschlag 214 000 Mark erfordern. Zur Ausarbeitung der nötigen Baupläne und Kostenanschläge werden 1000 Mark gefordert.

Verkauf von Nonnenstraßwaldungen in Ostpreußen.

Schönebeck, 13. Jan. In der Nähe der Stadt Guttstadt sind bedeutende fiskalische Waldflächen den Verheerungen der Nonnenraupe zum Opfer gefallen. Es handelt sich um über 100 000 Festmeter Rottannenholz, die dort zum Abtrieb kommen. Diese Mengen sind kürzlich für den Preis von gegen eine Million Mark an die Holzgroßhandlungen Julius Mann und J. G. Dümling in Schönebeck a. d. Elbe verkauft worden. Zur Ausnutzung der Bestände ist unter der Firma „Waldgeschäft Guttstadt", G. m. b. H., ein Konsortium ins Leben gerufen worden, das Sägemühlen errichten und die Nonnenstraßhölzer dort aufarbeiten wird.

Lieskau, 14. Januar. (Ein störrischer Ochse) versetzte gestern auf dem Knauschen Gute einem polnischen Arbeiter einen so schweren Stoß, daß der Mann sofort in die Klinik nach Halle gebracht werden mußte.

□ **Weißenfels**, 14. Jan. (Ueberlandzentrale.) Die Errichtung einer elektrischen Ueberlandzentrale für Weißenfels-Zeitz ist, wie wir erfahren, geschert, nachdem von sachmännischer Seite ein Gutachten dahin abgegeben worden ist, daß die Anlage unter den gegebenen Verhältnissen sich lohnt. Die konstituierende Versammlung der Genossenschaft wird demnächst einberufen werden.

Freyburg, 12. Januar. (Ein energischer Freund des Alkohols.) In den großen Steintrog des Brunnens in der Herrenstraße, aus dem ununterbrochen Wasser fließt, sind die Namen der fünf Magistratsmitglieder und der 12 Stadtverordneten sowie die Jahreszahl 1908 und das Stadtwappen eingemeißelt worden. Die Kosten betragen 24,45 Mk. In der Stadtverordnetenversammlung, in der die Herstellung dieses Troges beschlossen worden war, hatten die beiden städtischen Behörden vereinbart, diese Kosten nicht der Stadtkasse zur Last zu legen, sondern selber zu tragen. Bei der Ausfertigung des Stadtverordnetenbeschlusses über die Herstellung des Troges hatte der Stadtverordnete Brückner bemerkt, er sei ein zu großer Freund des Alkohols und verzichte deshalb auf eine Verewigung an einem Wasserbassin. Der Magistrat hat trotzdem seinen Namen mit einmeißeln lassen. Da Herr Brückner es ablehnte, die auf seine Person entfallenden Kosten in Höhe von 1,45 Mk. aus den angegebenen Gründen zu zahlen, so übernahmen die anderen Herren den Betrag mit.

Hohenmölsen, 14. Januar. (Eine Handwerksmeister-Versammlung,) die hier abgehalten wurde, beschloß, das Angebot der Werschen-Weißenfelser Braunkohlenaktiengesellschaft, die der Stadt zu Licht- und Kraftzwecken elektrischen Strom zu noch billigerem Preise anbietet, als die geplante Ueberlandzentrale, anzunehmen. 50 Teilnehmer zeichneten gleich und etwa weitere 50 werden erwartet. Der Magistrat wurde ersucht, mit der Gesellschaft einen Vertrag abzuschließen.

Eisleben, 14. Januar. (Ehren-Obermeister Karl Meyer.) Die hiesige Schneiderinnung hielt zu Ehren ihres Obermeisters Herrn Karl Meyer, der jetzt seinen 70. Geburtstag beging, eine Versammlung ab und ernannte den greisen Herrn, der sein Amt als Obermeister niederlegte, zum Ehren-Obermeister, auch wurde ihm von den Mitgliedern der Innung ein prunkvoller Stuhl überreicht.

(:) **Nordhausen**, 14. Jan. (Umgerannt.) Gestern mittag wurde die 45jährige Witwe Förster aus Wollersleben von zwei Schuljungen auf dem Steinweg derart angerannt, daß sie zu Boden stürzte und ein Bein brach. Man brachte die Frau in ein nahes Geschäft, von wo aus die Verunglückte mit einem Krankenwagen der Sanitätskolonne ins städtische Krankenhaus gebracht wurde.

⊕ **Barby**, 14. Jan. (Sturmgewalt.) Ein Unfall bei dem hiesigen Elbbrückenbau wurde durch den gewaltigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090115010/fragment/page=0003

Sturm am Dienstag herbeigeführt. Ein im Betriebe befindlicher Kran wurde von einem Windstoße etwa 50 Meter weit fortgerissen und stürzte dann vom Joch Nr. 4 in die Tiefe. Den die Gefahr erkennenden Bedienungsmannschaften gelang es, noch rechtzeitig abzuspringen und dadurch ihr Leben zu retten. Bei dem Sturze beschädigte der Kran eine Diagonale des Brückenjochs Nr. 3 und zerschlug die Telegraphenleitungen. Infolge dieses Unfalles mußte der Bahnbetrieb vorläufig eingestellt werden; der gegen 2 Uhr von Berlin kommende Personenzug durfte die Unfallstelle nicht passieren. Die Passagiere desselben wurden erst 1½ Stunde später von einem aus Güsten herbeigerufenen Hilfszuge aufgenommen und weiter befördert.

* **Worbis**, 12. Jan. (Ein Zopfabschneider) hat hier am Montag abend mit Erfolg gewirkt. Am Untertore näherte sich ein 25—27jähriger junger Mann einem 8jährigen Mädchen, das einen Handschlitten schob, auf dem ihre Schwester saß, unter dem Vorgeben, ein bißchen schieben zu helfen. Nach kurzer Zeit war der Mann wieder verschwunden. Als die Kinder zu ihren am Untertore wohnenden Eltern kamen, wurden die Geschwister gewahr, daß dem 8jährigen Mädchen der lange schöne Zopf glatt vom Hinterkopfe mit der Schere abgeschnitten worden war. Als Täter kann nur der Mann, der den Schlitten schieben half, in Frage kommen.

)(**Eastedt**, 12. Jan. (Erfolgreicher Diebeszug.) Gestern früh bemerkte der am südlichen Ende des Ortes ansässige Landwirt Karl Treppschuh, daß der Stall erbrochen worden war. In diesem fehlten sämtliche Hühner und ein fettes Schwein. Den Spuren im Schnee nach zu urteilen, haben die Einbrecher die Beute nach dem Willroder Forste zu gefahren.

+ **Bernburg**, 14. Jan. (Gasdirektor Dr. Samtleben,) der, wie bekannt, demnächst seine hiesige Stellung aufgibt, tritt in den Dienst der Deutschen Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau und wird für diese Firma in der Eigenschaft als Direktor die Bauleitung und spätere Geschäftsführung eines großen oberschlesischen Gruppengaswerkes übernehmen.

— **Wörlitz**, 12. Jan. (Ein biederer Förster.) In den Akten der herzoglich dessauischen Forstverwaltung findet sich eine ganze Sammlung höchst origineller Berichte, die sämtlich einen alten, biederen Förster zum Verfasser haben. Nachstehender „Perigt an de Pauherrn" wird als Probe dieser Schriftstücke hier seinem Wortlaut nach und unter Beibehaltung der eigentümlichen Orthographie mitgeteilt:

„Perigt an de Pauherrn in un um Werlitzsch, in un um Rhesen! Weil in die große Hieze tas ötte willbret in Elentem Madenzustand verschezt worden is, so er get an Euch, dorch mich hochferschtlicher Pefähl, das ihr des Daches und des Nagts eahre Hunnte an der Käte lägt un nich mehr an Dage un des Nagbs looß last, wie Eure tumme Motte (Mode) is, sust schis ich ahles tott was looß is, un wenns Gott straf mich mein Bruther wer.

Der hochferschtliche Ferster W . . ."

* **Braunschweig**, 11. Jan. (Eine drollige Szene) konnte ein Passant in der B.-Straße in Braunschweig beobachten. Steht da kurz nach 10 Uhr ein Mann auf dem Fußsteige und ruft unter Händeklatschen einige Male: „Hannechen! — Hannechen!" — Es dauert auch gar nicht lange, da macht die bessere Hälfte oben das Fenster auf und ruft: „Kumm du mick man rup, da sallste aber wat erleben! — Kumm du mick man rup!" — „Aber ick kann ja nich, ich hebbe ja keinen Husslöttel midde!" — Hannchen holt nun den Hausschlüssel und wirft denselben aus dem Fenster herunter mit der Wiederholung: „Kumm du mick man rup, da sallste aber wat erleben!" — „Nee!" sagt er da, „jetzt komme ick noch nich, ick wollte ja bloß den Husslöttel hebben!" und trollte vergnügt wieder von dannen.

Weimar, 13. Jan. (Ein Zentralhaus.) Hier haben sich eine Anzahl Personen zusammengetan, um ein sog. Zentralhaus zu erbauen. Ein Bauunternehmer hat die Sache bereits in die Hand genommen. Das Zentralhaus soll eine Anzahl kleine und kleinste Wohnungen für alleinstehende Damen und Herren, auch kinderlose Ehepaare, enthalten und alle Bedienung soll von Hausangestellten besorgt werden. Auch eine Zentralküche ist vorgesehen. Die Wohnungen sollen auf das denkbar bequemste und modernste hergerichtet und mit Badezimmern, Balkons, Loggias, Warmwasserleitung und jedem Komfort der Neuzeit versehen werden.

Gotha, 13. Januar. (Der Thüringer Wintersportverband,) dessen Protektor der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha ist, hat in den letzten Wochen eine starke Zunahme erfahren, auch einige neue Ortsgruppen haben sich angegliedert. Das große Wintersportfest gedenkt der Verband in der Zeit vom 5. bis 8. Februar abzuhalten.

— **Gera**, 13. Jan. (Eine eigenartige Wette) kam hier zum Austrag. An einem Stammtisch führte ein Stammgast stets das Wort. Ein anderer Stammgast, der kürzlich darüber unwillig wurde, sagte zum Redelustigen: „Wenn du einmal 8 Tage am Stammtische nichts sprichst, da sollst du 5 Mark erhalten!" Die Wette wurde angenommen und mit stoischer Ruhe ließ der sonst Redelustige alles über sich ergehen. Es wurde von den übrigen Stammgästen in den 8 Tagen toll getrieben, doch der Schweigsame hielt aus und unter ulkigen Ansprachen wurde ihm der Preis der Wette überreicht.

Lobenstein, 12. Januar. (Neue Saalebrücke.) Bei Spaniershammer soll durch die Gemeinde Saalborf eine Brücke über die Saale gebaut werden. Der Bezirks-Ausschuß hat die Bewilligung eines Staatszuschusses in Höhe von einem Viertel der Kosten bis zum Höchstbetrage von 6000 Mk. bei dem Fürstl. Ministerium in Gera befürwortet.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der a. o. Professor der klassischen Philologie Dr. phil. Ludwig Radermacher in Münster i. W. hat einen Ruf als ord. Professor an die Wiener Universität erhalten. — Ernannt wurde Professor Dr. phil. Alexander Supan, Herausgeber von Petermanns Mitteilungen in Gotha, zum ord. Professor der Geographie an der Universität Breslau als Nachfolger von Professor Passarge. — Der bisherige ord. Professor in Tübingen Dr. jur. et scient. pol. Heinrich Trienel wurde zum ord. Professor für Staats-, Verwaltungs-, Völker- und Kirchenrecht in Kiel ernannt. — Der Ordinarius der klassischen Philologie an der Wiener Universität Professor Dr. phil. Hans von Arnim hat einen Ruf in gleicher Eigenschaft nach Göttingen als Nachfolger von Professor Eduard Schwartz erhalten. — Dem ord. Professor für anorganische, analytische und technische Chemie an der Universität Bern Dr. phil. Karl Friedheim wurde die nachgesuchte Entlassung zum 30. September 1909 erteilt.

Die hinterlassenen Werke Henrik Ibsens werden am 15. März d. J. erscheinen und tausend Seiten umfassen. Den ersten zuverlässigen Bericht über den Inhalt bringt auf Grund authentischer Mitteilungen seitens des Verlages die Kopenhagener „Nationaltidende". Der Titel „Literarische Hinterlassenschaften" darf nicht in dem sonst üblichen Sinne aufgefaßt werden. Besser würde das Buch „Die Vorarbeiten zu Henrik Ibsens Werken" heißen. Der „literarische Nachlaß" Ibsens wird ein Buch werden, das in der ganzen Welt ohne Seitenstück ist. Man wird den Werdegang der einzelnen Werke sehen. Ebenso wird man der „formellen" Entwicklung Ibsens folgen können.

Restaurierung der Alhambra. In Madrid hat sich eine „Liga der Alhambrafreunde" gebildet, die vor allem für die Restaurierung der großen Säulenhalle an der Westseite des Palastes, des „Saales der Gesandten" und der Ringmauer eintreten will. Auch die wundervollen Mosaikarbeiten, mit denen die Wände der Säle ausgelegt sind, sollen wieder in alter Schönheit hergestellt werden. Die Liga hofft die nötigen Summen durch öffentliche Sammlungen zu erhalten, falls nicht der Staat selbst eingreift. Man will sich an die Kunstfreunde der ganzen Welt wenden und eventuell auch eine Lotterie veranstalten.

Theater und Musik.

„Monna Vanna" als Oper.

Février's „Monna Vanna" wurde in Paris in einer Generalprobe der Großen Oper zum ersten Male öffentlich aufgeführt. Die Plätze waren zum Besten der Unglücklichen in Sizilien und Calabrien verkauft worden. Der gute Zweck und die Neugier hatten ein höchst elegantes Publikum und eine Einnahme von mehr als 25 000 Fr. dem Theater zugeführt.

Die Oper „Monna Vanna" unterscheidet sich von Maeterlincks Werk durch die Hinzufügung zweier Akte. Wir sehen im vierten Akt Prinzivallis Gefängnis, zu dem Monna Vanna als Befreierin hinabsteigt, und im fünften Bilde die wieder der Freiheit zurückgegebenen Liebenden, die einen Leben voll Lust entgegenjubeln. Die ersten drei Akte halten sich ziemlich genau an Maeterlincks Dichtung.

Die Aufführung war gut. Der Beifall nach allen Akten groß. Nur am Schluß mußte der Protest einiger Mißvergnügter, der wohl mehr dem Prozeß zwischen Maeterlinck und dem Komponisten Février als der Unzufriedenheit mit der künstlerischen Darbietung galt, von stärkeren Beifallssalven unterdrückt werden.

Eine deutsche Theater-Ausstellung wird in Berlin im Frühjahr 1910 von der Gesellschaft für Theatergeschichte in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten veranstaltet werden. Anfragen und Zuschriften sind an das Sekretariat der Gesellschaft, Berlin W. 50, zu richten.

Eine Tantris-Parodie. Im Wiener Künstlerhaus wird an dem Ende dieses Monats stattfindenden Damenabend eine Parodie des Dramas „Tantris der Narr" von Ernst Hardt zur Aufführung gelangen. Die Parodie, deren Verfasserin Frau Kory Towska ist, wird von hervorragenden Wiener Schauspielern und Schauspielerinnen gespielt werden. Die Isolde wird Frau Niese, den König Marke Herr Maran spielen.

Vermischtes.

Das Ehelösegeld für den Tenor.

In Darmstadt bildet, wie von dort berichtet wird, die Liebesaffäre eines Tenoristen das Tagesgespräch. Ein verheirateter Tenor der dortigen Oper verliebte sich in die Freifrau v. K., die seit längerer Zeit von ihrem Manne getrennt lebt, und die Aristokratin erwiderte bald die Zuneigung des Sängers. Ende der vorigen Woche nun bot die Freifrau der Gattin des Tenoristen 150000 Mark, den vierzehnten Teil ihres Vermögens, an, wenn sie ihren Mann freigeben und in die Scheidung mit ihm willigen wollte. Die Frau des Sängers lehnte brüsk ab, und die Folge hiervon war ein schwerer Konflikt zwischen dem Tenor und seiner Frau, die den allerdings seltsamen Verkauf nicht hatte abschließen wollen. Aber auch in der Familie der Freifrau v. K. soll es stürmische Szenen gegeben haben.

Attacke auf den Staatsanwalt. In Duisburg kam es gestern im dortigen Schwurgerichtssaal zu einer aufregenden Szene, als der Staatsanwalt gegen den 26jährigen Angeklagten Eichner wegen Verleitung zum Meineide eine dreijährige Zuchthausstrafe beantragte. Eichner stürzte auf den unter der Anklage des Meineides neben ihm sitzenden Mitangeklagten, durch dessen Aussagen er der Verleitung zum Meineid überführt worden war und suchte ihn zu erwürgen. Dann stürzte er sich, indem er alles zu zertrümmern suchte, auf den Staatsanwalt. Unter den im Zuschauerraum anwesenden Frauen entstand ein furchtbares Geschrei. Erst durch das Aufgebot von Polizeibeamten gelang es, Eichner zu bändigen und zu fesseln. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, gefesselt und abgeführt.

In der Steinheil-Affäre werden in Ermangelung neuer, wichtiger Ergebnisse der schon seit vielen Wochen geführten neuen Untersuchung immer wieder die alten Märchen aufgewärmt. Eine Gräfin Alba Ghirelli, die eine Zeitlang die Zellengenossin der Frau Steinheil im Frauengefängnis von Saint Lazare war, hat dem „Matin" eine lange Geschichte erzählt, wonach die Steinheil ihr, der Ghirelli, am Abend jenes Novembertages, der zur Verhaftung der Steinheil führte, Geständnisse über die Mordtat gemacht hätte. Aus der umständlichen und verworrenen Erzählung geht hauptsächlich hervor, daß die Steinheil ihre alte Geschichte auftischte, wonach Alexander Wolf oder sein Doppelgänger der Mörder Steinheils gewesen sei. Frau Steinheil habe ferner bemerkt, sie habe die bekannte Perle zuerst in das Portefeuille ihres eigenen Vetters Chabrier gesteckt, um den Mordverdacht auf ihn fallen zu lassen. Sie sei vollkommen von Sinnen und von der Idee besessen gewesen, um jeden Preis einen Schuldigen oder doch Verdächtigen zu finden. Frau Chabrier habe jedoch die List bemerkt, und sei, den Revolver in der Hand, zu ihr gekommen, um ihr zu sagen: „Wenn du meinen Mann anklagst, so erschieße ich dich!" Daraufhin habe Frau Steinheil die Perle in das Taschenbuch des Dieners Remy Couillard gesteckt, worauf die bekannten Szenen erfolgten. Die Ghirelli will diese Erzählung der Steinheil brieflich dem Untersuchungsrichter André mitgeteilt haben, nachdem sie sich zuvor mit ihrem Advokaten Camille Drenfus hierüber beredet hatte. Es werden noch allerhand Einzelheiten hier zugefügt, die aber nur die maßlose, schon zur Genüge bekannte Verlogenheit der Steinheil von neuem beweisen.

Der mysteriöse Koffer. Von einer sehr geheimnisvollen Geschichte weiß das Pariser „Journal" zu erzählen: Zwei Automobilisten übergaben dieser Tage einem Wirt in Savigny einen ungewöhnlich großen Koffer zur Aufbewahrung. Der Wirt, dem dies verdächtig erschien, verständigte die Gendarmen, die den Koffer öffneten, und in ihm einen mit zwei Dolchen und einem Revolver bewaffneten Mann fanden. Er wurde sofort verhaftet, und dasselbe Schicksal traf die beiden Automobilisten, als sie den Koffer abholen wollten. Welchen Plan die drei Männer verfolgten, konnte nicht festgestellt werden.

Letzte Nachrichten.

Das Urteil in der Kieler Landesverratsaffäre.

Leipzig, 14. Jan. Das Reichsgericht verurteilte die Journalistin Johanna Petersen wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu **4 Jahren Zuchthaus. Drei Monate wurden auf die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.** (Die Angeklagte, die als politische Agentin in auswärtigen Diensten stand, hatte ihren Geliebten, den Ober-Feuerwerks-Maat Dietrich zum Landesverrat verführt.)

Verurteilung eines Kanoniers.

Magdeburg, 14. Jan. Das Kriegsgericht der Kommandantur verurteilte den Kanonier Wittkowsky vom 4. Feld-Art.-Regt., der am 30. September v. J. abends auf dem Wege zur Kaserne **in betrunkenem Zustande** versucht haben soll, einen Unteroffizier zu schlagen, **zu 3 Jahren Gefängnis. Der Angeklagte bestritt seine Schuld völlig; als Zeuge war nur der Unteroffizier vorhanden. Der Verteidiger hatte Freisprechung beantragt, der Vertreter der Anklage 5 Jahre Gefängnis.**

Genickstarre.

Zabrze, 14. Jan. Hier ist die Genickstarre ausgebrochen und greift mit erheblicher Schnelligkeit um sich. Bisher sind 7 Personen erkrankt, von denen eine starb. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um einer Weiterverbreitung der Seuche entgegenzuireten.

Vom Bergwerksunglück in der Grube Neschitra.

Budapest, 14. Jan. Im Almaser Schacht des Kohlen-Bergwerks der österreichisch-ungarischen Staatsbahn „Neschitra" sollen nach einer Privat-Meldung des sozialistischen Organs „Nepszava" **nicht 10, sondern 86 Personen umgekommen sein.** Bisher wurden 12 Arbeiter geborgen. Für den Tag des Begräbnisses ist ein Streik der Bergarbeiter geplant.

Zur Erdbebenkatastrophe in Süd-Italien.

Messina, 14. Jan. Gestern abend wurde ein neuer Erdstoß verspürt. Die Nacht war hingegen ruhig. Die Zahl der Ueberlebenden in Messina wird jetzt festgestellt werden, sodaß demnächst mit der Verteilung der Unterstützungen begonnen werden kann.

Rom, 14. Jan. Aus Neapel sind 50 Verwundete hier eingetroffen.

Zur Orientkrise.

Wien, 14. Jan. Wie in hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, soll sich die französische Regierung bereit erklärt haben, für den Fall, daß eine Konferenz zustande kommt, vorher die Rolle eines Vermittlers zwischen Oesterreich und Serbien zu übernehmen.

Saloniki, 14. Jan. Hier wurde der Boykott gegen österreichische Waren für beendet erklärt.

Die Verhaftung der türkischen Reaktionäre.

Konstantinopel, 14. Jan. Den Blättern zufolge beabsichtigten die verhafteten Reaktionäre Unruhen anzustiften und auch gegen die fremden Gesandtschaften vorzugehen. Nach anderen Meldungen waren Kundgebungen in der Kammer geplant, um die Verlesung des Reformprogramms zu hindern. Die Verhaftungen dauern fort.

Die Revolution in Persien.

Petersburg, 14. Jan. Aus Teheran wird gemeldet, daß die revolutionäre Bewegung auf den ganzen Süden Persiens übergegriffen habe. Zahlreiche Städte des Südens sind von der Regierung abgefallen.

Unterhaltungsblatt.

Sündige Mütter. Roman von Anny Wothe. (Fortsetzung.) — Das Corpus delicti. Humoreske von H. Abt. — Bunte Zeitung: Eine Unterredung mit Sven Hedin. Ein Interview mit Orville Wright.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abonnementsquittung beizulegen.)

X. Y. Jedes Testament ist stempelpflichtig, und zwar ist das nicht eine neue, sondern eine längst bestehende Bestimmung. Der Vorlegung des Testaments beim Zollamt können Sie entgehen, wenn Sie es auf einen Stempelbogen zu 1,50 Mk. (gemeinschaftliche Testamente 3 Mk.) schreiben. Für das Testament, das Sie ungestempelt seit Jahren in Ihrem Schubfach haben, wird später Strafe eingezogen.

L. S. Wenn Sie kein Testament machen, so fällt Ihr Vermögen ohne weiteres an die nächsten Verwandten. Da Kinder, wie Sie schreiben, nicht vorhanden sind, so würde das Geld an die Kinder Ihrer Geschwister fallen. Wenn Sie also diese bedenken wollen, so ist die Abfassung eines Testaments nicht nötig. Zu empfehlen ist sie aber zur Vermeidung von Schwierigkeiten in jedem Fall.

Militär Nr. 30. Wenn Ihr Zeuge nicht in Halle oder anderswo übernachtet hat, so erscheinen die Gebühren von 16,20 Mk. tatsächlich recht hoch. Sie wenden sich mit einer Beschwerde an das Gericht, vor dem Ihre Sache verhandelt wurde.

Versicherung. Zur Versicherung ist diejenige Partei verpflichtet, bei der die Frau am Montag arbeitet.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090115010/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Diskonterhöhung der Bank von England.

Die Bank von England hat gestern, wie schon seit längerer Zeit zu erwarten war, die

Diskonterhöhung von 2½ auf 3 Proz.

eintreten lassen. Die Ursachen für diese Massnahme sind in erster Linie auf die verhältnismässig schwache Position der Bank von England zurückzuführen, deren Metallschatz den Goldausgängen nicht mehr gewachsen ist, da Paris seit einer Reihe von Wochen fast alle Goldankünfte am freien Goldbarrenmarkt an sich zieht und auch die New Yorker Goldsendungen ausschliesslich nach Frankreich dirigiert werden. Neuerdings wird, wie der „Börs.-Cour." schreibt, für Montag ein Goldausgang von 500 000 £ aus London nach Südamerika signalisiert. Die Diskontbewegung ist bei der Bank von England in diesem Jahre der vorjährigen diametral entgegengesetzt, da das Institut im vorigen Januar die Diskontrate dreimal, und zwar von 7 auf 4 Proz. herabgesetzt hat. Im März folgte dann die weitere Ermässigung bis auf 3 Proz. und am 28. Mai wurde der Diskont dann auf 2½ Proz. herabgesetzt, welcher Satz seitdem unverändert in Geltung blieb. Eine so lange Periode ohne Diskontveränderung gehört bei der Bank von England zu den grössten Seltenheiten. Wenn auch die Veränderung des Diskonts im Januar ungewöhnlich ist, so dürfte sie, soweit sich aus den vorliegenden Anzeichen erkennen lässt, kaum die Periode einer wiederbeginnenden Steigerung der Zinsrate einleiten. Im Gegenteil spricht die Flüssigkeit in Europa und auch die Billigkeit der Sätze in den Vereinigten Staaten für eine Fortdauer der niedrigen Geldsätze, die nur durch eine Wiederbelebung des Handels und der Industrie in durchgreifender Weise modifiziert werden könnten. Auf die Diskontpolitik der Deutschen Reichsbank dürfte das Vorgehen der Bank von England nur insofern von Einfluss sein, als dadurch die sonst in Aussicht stehende Ermässigung des Diskonts der Reichsbank verzögert werden könnte.

Mitteldeutsche Braunkohlenkonvention in Halle.

Die Verhandlungen wegen Bildung der Mitteldeutschen Braunkohlenkonvention sind zum Abschluss gelangt. Sie hat die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung erhalten. Der Sitz soll sich in Halle befinden. Zum Vorsitzenden wurde Bergmeister Hoffmann, Direktor der Riebeckschen Montanwerke, erwählt. Die Beschlussfassung über die Festsetzung der Mindestpreise steht noch aus.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 197,87, Diskonto 181,25, Deutsche Bank 242,60, Kanada 175,87, Paketfahrt 113, Nordd. Lloyd 91,25, Russische Anleihe von 1902 83,10, Laurahütte 200,30, Bochumer Guss 224,37, Harpener 195, Gelsenkirchen 190,62, Berliner Handelsgesellschaft 169,10, Baltimore 110, Phönix 178,30, Dresdner Bank 148,10, Schaaffhausen 133,25, Lombarden 18,30, A. E.-G. 222,25, Siemens & Halske 201,75, Deutsche Uebersee 147,62. — Tendenz: Fest, namentlich Elektrizitätswerte und Schiffahrtsaktien.

Am Kassamarkt notierten höher: Adler Zementfabrik 1,25, Hemmoor Zement 2, Stettiner Chamotte 1,50, Adler Fahrrad 4,25, Egestorff Masch. 1,50, Hallesche Masch. 3,50, Kronprinz Metall 3,25, Baer & Stein 2,40, Schöneberk Metall 2, Vereinigte Nickelwerke 3, Cröllwitzer Papierfabrik 2, Allgem. Elektr.-Ges. 2,25, Harburg-Wien Gummi 4,80, Berzelius 1,75, Bismarckhütte 2, Donnersmarckhütte 8,40, Kattowitzer Bergbau 3, Osnabrücker Kupfer 4, Rhein.-Nassau 1,25; niedriger: Höxter Zement Vorzugsaktien 3, Düsseldorfer Waggon 1,50, Kappel Masch. 3, Deutsche Gasglühlicht 6, Gebhardt & König 1,75, Planiawerke 1,75, Kahla Porzellan 4,75, Duxer Porzellan 4, Braunschweiger Jute 2,50, Thale 1,50, Glückauf 1,50, Mülheimer Bergwerk 1,20, Westfäl. Draht 1,25, Langendreer 2,25.

Londoner Börse vom 14. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 88,62, Rio Tinto 74,00, Geduld 2,87, Goldfields 4,75, Steel com. 53,25, Steel prefs. 115,50, Rand Mines 7,94, Anaconda 9,87.

Eine hochverzinsliche Kapitalanlage. Aus Petersburg wird dem „Tag" von wohlinformierter Seite geschrieben: Das Finanzministerium beabsichtigt, sich der 6proz. Zertifikate der Bauern-Agrarbank zu entledigen. Wenngleich ein Modus hierfür noch nicht gefunden ist, so steht bereits die Einstellung einer weiteren Ausgabe dieser Papiere demnächst zu erwarten. Um aber eine Beeinflussung des Kurses zu vermeiden, wird die ganze Angelegenheit einstweilen sehr geheim gehalten. Die Papiere waren in letzter Zeit sowieso schon recht rar geworden, da die Bauern-Agrarbank so gut wie gar keine Güter mehr ankauft und sich mit der Parzellierung der vorhandenen Landfonds begnügt. Bekanntlich sind die Zertifikate auf den Namen ausgeschrieben und nur einmal übertragbar. Die Regierung hat einen Teil in Fonds der öffentlichen Institutionen angelegt und auch die Versicherungsgesellschaften veranlasst, ihre Reservekapitalien mit diesen Papieren zu versehen; der Rest ist zum grossen Teil auch in ausländischen, besonders französischen Händen. An eine Konversion wird nicht geglaubt, da sie zu teuer kommen und auch zu grosse Barmittel erfordern würde. Bei ihren Ankäufen hat die Regierung den Kurs auf 93 normiert, was auch der allgemein gangbare Preis ist. Möglicherweise wird der Weiterverkauf freigegeben, und die Reichsbank entschliesst sich, die Zertifikate unter der Hand aufzukaufen.

In dem Etat der Seehandlung für 1909 findet sich der Geschäftsbericht dieses Instituts für das am 31. März 1908 abgelaufene Etatsjahr. Laut diesem Bericht betrug der Gewinn der Seehandlung im Jahre 1907 4 310 692 Mk., das entspricht einer Verzinsung des investierten Kapitals von 99,4 Mill. Mk. in Höhe von 4,33 Proz. Im Etatsjahre 1906 verzinste sich das damals investierte Kapital von 82,7 Mill. Mk. mit 3,63 Proz. Das Ergebnis ist diesmal günstiger, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die Berichtsperiode im Zeichen höchster Geldleihsätze stand. Andererseits wurde das Ergebnis wieder durch die Wertverminderung der deutschen Anleihepapiere beeinflusst; denn die Seehandlung erlitt im Etatsjahre 1907 auf Effektenkonto einen Verlust von ca. 2½ Mill. Mk. (gegen 2,7 Mill. Mk. Verlust im Etatsjahre 1906). Der Zinsenüberschuss betrug 6,63 Mill. Mk. gegen 4,99 Mill. Mk. An Provisionen und Depotgebühren wurden vereinnahmt 0,83 (1,28) Mill. Mk. Die gewerblichen Betriebe in Bromberg und Landeshut erbrachten 324 806 (323 058) Mk., das entspricht einer Verzinsung des in den beiden gewerblichen Betrieben investierten Kapitals von 8,9 Proz. (1906 9,7 Proz.). Die Bilanz der Seehandlung weist Ende März 1908 u. a. folgende Posten auf: Effekten 65,49 (72,32) Mill. Mk., Schatzanweisungen 105,29 (27,34) Mill. Mk., Wechsel 2 (2,84) Mill. Mk., Lombarddarlehen 41 (140,94) Mill. Mk., Schuldner 191,24 (102,42) Mill. Mark. Die Kreditoren der Seehandlung beliefen sich auf 313,06 (254,46) Mill. Mk. Unter den Kreditoren befinden sich 46,62 (48) Mill. Mk. Depositen. Bemerkenswert ist die Feststellung, dass die Seehandlung an ihren Konsortialgeschäften (Emissionen von Staats- und Stadtanleihen sowie Obligationen des Norddeutschen Lloyd) per Saldo einen kleinen Verlust, nämlich 1419 Mark erlitten hat.

Kallwerke Niedersachsen, A.-G. zu Wathlingen. Die Abteufarbeiten im Schacht zu Wathlingen, die kürzlich durch das Erreichen der Salzzone gesichert wurden, nehmen jetzt, wie verlautet, einen guten und schnelleren Fortgang, so dass mit der Fertigstellung des Schachtbaues noch für dieses Jahre gerechnet werden kann. Auch über Tage wird man jetzt den Ausbau der Anlagen beschleunigen.

Chemische Fabriken zu Leopoldshall. Aus Aktionärkreisen erhält, die „Magdeb. Ztg." folgende Zuschrift: „Die Gesellschaft hat 10,2 Mill. Mk. Stammaktien und 1,1 Mill. Mk. Vorzugsaktien emittiert. Die Stammaktien standen zur Zeit der Generalversammlung Mitte November 1908 40 Proz. Hierzu kamen Stückzinsen seit 1. Juli, so dass der Kurs tatsächlich 41½ Proz. war. Die Vorzugsaktien hatten damals einen Kurs von etwa 104 Proz. und zuzüglich Stückzinsen von 105½ Proz. Bei einer Zusammenlegung von 4 : 1 ergibt sich folgendes: Vier Stammaktien kosten zusammen 166 Proz. Diese werden gleichgestellt einer Vorzugsaktie, die nur 105½ Proz. kostet. Es würde also jede Stammaktie 15⅓ Proz. bar den Vorzugsaktien schenken. Die Vorzugsaktien sind in wenigen Händen und es würde also diesen ein unerhörter Vorteil gewährt werden. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft Mitte November noch 5 Proz. Dividende an die Vorzugsaktien verteilt und damit zum Ausdruck gebracht hat, dass das Aktienkapital voll vorhanden sei. Daraufhin habe ich und auch andere meiner Freunde einen grösseren Posten Stammaktien gekauft. Jetzt plötzlich wird erklärt, dass eine Zusammenlegung von 4 : 1 erforderlich sei, dass also von dem Aktienkapital von 11,3 Mill. alles bis auf 3⅓ Mill. verloren gegangen sei. Ein Irrtum einer Aktiengesellschaft in Höhe von 7,8 Mill. Mk., der sich innerhalb 6 Wochen aufgeklärt hat, muss auf das Aeusserste befremden. Es wird namentlich zu prüfen sein, ob der Aufsichtsrat und der Vorstand, der vor kurzem noch 50 000 Mk. Dividende auf die Vorzugsaktien hat ausschütten lassen, hierfür nicht verantwortlich zu machen ist. Zu untersuchen wird weiter sein, worauf der auffällige Kursrückgang schon vor der Bekanntmachung der Beschlüsse zurückzuführen ist, namentlich ob aus den Kreisen der Verwaltung in den letzten Monaten Verkäufe von Aktien vorgenommen worden sind."

Vom Blechmarkte berichtet die „Bergwerks-Ztg.": Im auffälligen Gegensatze zu den bisher gewohnten Erscheinungen bekundet der Blechmarkt im Monat Dezember eine recht befestigende Haltung, die sich nicht allein in der Zunahme der Aufträge ausdrückt, vielmehr auch in dem Anziehen der Preise in die Erscheinung tritt. Während teilweise schon der November, in besonderem Masse aber der Dezembermonat im Zeichen äusserster Stille stehen, liefen die Bestellungen bei den Blechwalzwerken diesmal recht gut ein; einzelne Werke konnten nennenswerte Bestellungen bis ans Ende des zweiten Vierteljahrs hinan buchen und da auch flott spezifiziert wird, ist man um direkte Arbeitsgelegenheit eigentlich nicht mehr verlegen, sondern muss bereits hier und da auf längere Lieferungsfristen Bedacht nehmen. Das Geschäft ist auch weiterhin recht lebhaft, vornehmlich scheint sich in Feinblechen ein gegen den bisherigen Geschäftsgang wesentlich besseres Frühjahrsgeschäft anzubahnen. Vom Auslande her ist die Nachfrage noch immer still; die Konkurrenz namentlich der belgischen Werke dauert fort und drückt auf die Preise, so dass die hauptsächlich die Ausfuhr pflegende Schwarzblechvereinigung selbst unter Berücksichtigung der Ausfuhrvergütung in vielen Fällen nicht mehr als die Selbstkosten erzielt. Die Inlandspreise haben dagegen langsam angezogen; Feinbleche, die von der Besserung besonders berührt worden sind, werden jetzt kaum unter 120 Mk. abgegeben, es sind sogar Abschlüsse zu 127½ Mk. erfolgt, nachdem der Preis bis auf 115 Mk. hinunter gesunken war. Aber die Werke, auch die gemischten Betriebe, halten jedes ausnahmslos auf bessere Preise und lehnen das noch oft hervortretende Ansuchen der Kundschaft, zu niedrigen Sätzen auf längere Zeit zu kaufen, glattweg ab. Wie schon gesagt, erstreckt sich die Besserung einstweilen nur auf den Feinblechmarkt, während das Grobblechgeschäft nach wie vor sehr gedrückt liegt, anscheinend im Zusammenhang mit der weiterhin unzureichenden Beschäftigung des Schiffsbaues. Infolgedessen sind auch andauernd schlechte Preise zu notieren, die bis auf 105 Mk. hinab liegen. Besonders vermerkt wird, dass auch Konstruktionsbleche fast gar nicht mehr gefragt werden.

Zum Konflikt in der Seidenbranche. Ueber die Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes der Seidenstoff-Fabrikanten Deutschlands in Düsseldorf, welche die Beilegung des Konflikts mit den Abnehmern bedeuten, wird noch berichtet: Ein von den Vorständen der Detaillisten-Vereinigung und des Fabrikantenverbandes ausgearbeiteter Vertragsentwurf wurde genehmigt. Der von den Detaillisten beanstandete Schutzparagraph wird für die Mitglieder der Detaillisten-Vereinigung aufgehoben; die Detaillisten ziehen ihre Proteste zurück und werden von ihrer Verbandsleitung angewiesen, Konventionsware nur von Mitgliedern des Fabrikantenverbandes oder deren Abnehmer zu beziehen. Die Detaillisten-Vereinigung verpflichtet sich endlich, während der Dauer des Vertrages, d. h. bis Ende 1911, keine weiteren Anträge auf Aenderung der Verkaufsbedingungen zu stellen und Kampfmassnahmen zu unterlassen. Mit dem Verband der deutschen Warenhäuser, der sich den Protesten der Detaillisten angeschlossen hatte, wird eine gleichlautende Vereinbarung abgeschlossen. In bezug auf die Garantiefrage hat die Generalversammlung erklärt, dass die Fabrikanten keine weitergehenden Garantien eingehen können, als ihnen solche von den Färbern zugestanden werden. Unter diesem Vorbehalt sollen Verhandlungen mit den Färbern, Grossisten und Detaillisten neuerdings aufgenommen werden. Hierfür wurde eine Spezialkommission ernannt.

Handels-Depeschen.

Konkurs.

Langendreer, 14. Januar. Das von den beiden Firmen Uemmsger (?) Brauerei W. Koester und W. H. Mittel nachgesuchte Moratorium ist infolge zahlreicher Pfändungen nicht zustande gekommen. Der Konkurs ist eingeleitet. U. a. sollen beteiligt sein: die Reichsbank, die Rheinisch-Westfälische Bank in Bochum, die Märkische Bank, der Essener Bankverein, der Chemnitzer und A. Schaaffhausensche Bankverein. Die Banken sollen jedoch zum Teil Deckungen haben.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 14. Jan. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 206—207. Roggen inl. 165.50 167. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 176—188, mittel 170 175, gering 165—169, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 165,00—170 00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154—164, gute 165 180, russische und Donau leichte 186 bis 142. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 182—195, kleine —,—. Weizenmehl 00 25,25—28,25. Roggenmehl 0 und 1 20,40 — 2,60. Weizenkleie 11,00—12,00. Roggenkleie 11,25 12,00. (Alles frei Bahn).

Pest, 14. Jan. Weizen still, per April 12,64 Gd., 1,68 Br. Roggen per April 10,06 Gd., 10,07 Br. Hafer per April 8,52 Gd., 8,53 Br. Mais per Mai 7,23 Gd., 7,24 Br.

London, 14. Jan. Baltic markt. An der Küste angekommene Weizenladungen zum Verkauf — Weizenladungen. Weizen fester, Mais behauptet, Gerste still, Hafer still.

Zucker.

Hamburg, 14. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88°/₀ Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	20,45	20,45	20,45 Mk.
„ März	20,65	20,65	20,65 „
„ Mai	20,90	20,90	20,85 „
„ August	21,20	21,20	21,20 „
„ Oktober	19,70	19,70	19,70 „
„ Dezember	19,60	19,60	19,60 „
	behauptet	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 14. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	33 Gd.	33½ Gd.	33¾ Gd.
„ Mai	32 Gd.	32½ Gd.	32¾ Gd.
„ September	31½ Gd.	31⅞ Gd.	31⅞ Gd.
„ Dezember	30¾ Gd.	30⅞ Gd.	31 Gd.
	fest	behauptet	behauptet

Havre, 14. Jan. Kaffee good average Santos per März 41, per Mai 40¼, per Sept. 39½, per Dez. 39. Schwächer.

Rio de Janeiro, 14. Jan. Kaffee-Zufuhren 5 000 Sack in Rio 35 000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 14. Jan. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ. 5,10 5,20, südrussische erste Sorte —,—, bessere poln., galiz., ungar. und ähnliche Sorten 5 00—5,10, geringe inländ., poln und galizische Sorten 4,80 4,85 M., Kühlhauseier (oder Kiste 102—105) Kalkeier —,— zweite Sorten —, kleine Eier 3,60—3,80 M. Tendenz: ruhig.

Spiritus

Nordhausen, 14. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 l) 60,40—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 14. Jan. Chilisalpeter per Januar 910, Februar-März 912½, frei Fahrzeug Hamburg.

Fettwaren und Oele.

Köln, 14. Jan. Rüböl loko 66,50, per Mai 62,00.

Wolle.

Bremen, 14. Jan. Baumwolle still. Upl. loko middl. 47½ Pfg.

Heu, Stroh usw

Halle, 14. Jan. [Bericht über Heu u. Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal]. Preise für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier. Die Partienpreise sind fest, die Fuhrenpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Handdrusch) 2,25 (2,50). Maschinenstroh für Papierfabriken Roggenstroh 1,10 und Weizenstroh 1,05, zu Streuzwecken 1,20 (1,00). Breitdrusch 1,50. Wiesenheu, hies. oder Thür., beste Sorten 3,25 (3,75), gute fremde Sorten 2,80 (3,45). Kleeheu, erster Schnitt, beste Sorten 3,25 3,50 (3,50—3,75). Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad. frei Bahn hier 1,00, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1,00 M. Häcksel, gesund und trocken, bei Partien, frei Bahn hier 1,10, im einzelnen vom Lager hier 2,40 M.

14. Jan.: Stroh, wenig, feucht, milbe.

Metalle.

London, 14. Jan. Chili-Kupfer stetig 63⅞, 3 Mon. 62 3/16. Zinn Straits stetig 127½, 3 Monat 129½. Blei span., ruhig 13 5/16, englisch 13½. Zink, gewöhnliche Marke, stetig, 21¾, spez. Marke 22.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	14 1.	13 1.	Chicago.	14 1.	13.1.
Weizen p. Mai	110⅞	109⅞	Weizen p. Mai	106¾	106
„ „ Juli	105	104⅞	„ „ Juli	67⅞	67¼
Mais p. Mai	68½	68½	Mais p. Mai	61⅞	61⅞
„ „ Juli	68⅞	68⅞	„ „ Juli	61⅞	61⅞
Mehl Spring clears	4,25	4,25	Hafer p. Mai	51½	51½
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6,04	6,02	„ „ Juli	46⅛	46⅛
„ p. Jan	5,75	5,65	Roggen p. Mai	74	74
„ „ Febr.	5,80	5,70	Schmalz „ Jan.	9,55	9,50
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Mai	9,80	9,70
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	9,45			

Tendenz: Weizen stramm. Mais willig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Basis und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	15 Jan.	+0,50	14. Jan.	+0,30		—	—
Nebra, Oberpegel	„	+1,96	„	+1,98		—	2
„ Unterpegel	„	+1,34	„	+1,36		—	2
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,50	„	+3,32		—	18
„ Unterpegel	„	—0, 0	„	—0, 4		—	6
Trotha	13	+1,86	14.	+1,86		—	—
Aisleben, Oberpegel	13	+2,30	14	+2,30		—	—
„ Unterpegel	„	+0,94	„	+0,9		—	—
Bernburg	„	+0,48	„	+0,50		—	2
Kalbe, Oberpegel	„	+1,36	„	+1,36		—	2
do. Unterpegel	„	—0,00	„	+0,0		—	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.	Jan	Fall	Wuchs		Jan	Fall	Wuchs
Budweis	13. —0,31	1	—	Torgau	14. +1,4	—	4
Trag	„ —	—	—	Wittenberg	„ +1,05	—	5
Jungbunzl	„ +0,10	8	—	Rosslau	„ —0,06	—	8
Laun	„ 0,43	—	—	Barby	„ +0,18	1	—
Pardubitz	„ —0,70	—	8	Magdeburg	„ +0,26	4	—
Brandeis	„ —0,39	—	8	Fangermde.	„ +1,50	5	—
Melnik	„ —0,74	8	—	Wittenberge	„ +1,78	—	8
Leitmeritz	14 0,48	4	—	Dömitz, Pegel	13. —0,02	77	—
Aussig	„ —0,61	5	—	Hohnstorf	14. +1,05	—	—
Dresden	„ —2,34	—	4	Lauenburg	„ +1,28	—	38

Prämien-Kursbericht

Jer Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin,
14. Jan. 1908.
Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien beaw Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. Jan.	Vorprämien. Febr.	Rückprämien. Jan	Rückprämien. Febr.
Lombarden	18⅜ — ⅛	18⅞ — ⅜	17⅞ — ½	17⅞ — ⅜
Franzosen	145⅛ — ¾	146⅛ — 1¼	144 — ¾	143⅛ — 1¼
Baltimore	111⅛ — 1⅛	112⅛ — 2⅛	108⅛ — 1⅜	107⅛ — 2⅛
Canad. Pacific	178⅜ — ½	178⅞ — 2⅛	174½ — 1⅛	173¾ — 2½
Türken-Lose	147 — 1¼	148 — 2	—	—
Darmstädt. B.	129⅜ — ⅛	129⅞ —	126⅝ — 1⅜	126⅞ — 2
Disc. Comm.	182⅛ — 1⅛	182⅞ — 1⅞	179⅞ — 1⅜	179⅛ — 1⅞
Berl. Hdlsges.	170⅝ — 1⅜	171½ — 1⅞	167⅞ — 1⅜	161⅞ — 1⅞
Dresch. Bank	244 — 1½	—	241 — 1½	—
Dresdner Bk.	149⅜ — 1⅜	150 — 1⅞	146⅛ — 1⅜	146½ — 1⅞
Oesterr. Cred.	199 — 1½	200 — 2⅛	196 — 1½	195½ — 2⅛
Russenbank	184½ — 1½	185⅜ — 1⅞	—	—
Dynam. Trust	158½ — 1½	159½ — 2½	155½ — 1½	155 — 2½
Hamb. Packet	113⅜ — 1⅞	114⅜ — 2½	110⅜ — 1⅜	109⅞ — 2½
Nordd. Lloyd	91⅜ — 1⅜	92⅜ — 2	89 — 1⅜	88⅜ — 2
Prince Henry	—	—	—	—
Gr. Berl. Strb.	176⅞ — 1⅜	178 — 2½	174½ — 1⅜	173½ — 2½
St., Reichsanl.	85⅞ — 1⅛	86⅞ — ¼	—	—
Russen v 1902	83½ — ½	84½ — 1	—	—
Bochumer	228 — 2	247½ — 8	222 — 2	221½ — 3
Laura	201⅞ — 1⅞	203½ — 3	199½ — 1⅞	197½ — 3
Gelsenkirch.	193⅞ — 1⅜	193⅞ — 2⅞	188½ — 1⅜	187⅞ — 2⅞
Harpener	196½ — 1⅜	197⅞ — 2⅞	193 — 1⅞	192½ — 2⅞
Phönix	179⅜ — 2	181⅞ — 3⅛	175⅞ — 2	174½ — 3⅛
D.-Luxemb.	158½ — 2½	160 — 3⅛	158½ — 2½	158½ — 3⅛
Dortmunder	63½ — 1⅞	64 — 2½	—	—
A. E. G.	222½ — 1⅞	224½ — 2½	219½ — 1⅞	218⅞ — 2⅞

Vorprämien per März: Lombarden 19—1, Baltimore 146⅜ bis 1⅜, Canada 179⅞ — 3⅛, Türken — —, Darmstädt. Bank — Bochumer 228½ — 4, Laura 204⅞ — 3⅞, Gelsenkirchen 194¼ — 3⅛, Phönix 184½ — 4, Harpener 199 — 3⅛, A. E. G. 225¼ — 3⅛.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen, von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 14. Jan.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	52	56	Hugo	—	2500
Alexandershall	6250	6350	Immenrode	3100	3200
Beienrode	4100	4300	Johannashall	3100	3200
Burbach	10.850	11,200	Justus I	63½	65
Carlsfund	5400	5600	Kaiseroda	6300	6500
Cecilienhall	—	25	Erdgershall-Akt.	72	74
Desdemona	5300	—	Ludwigshall	65½	66½
Dtsch. Kali-Akt.	94¾	95¼	Neustassfurt	—	9500
Deutschland	3100	3200	Reichskrone		
Friedrichshall	71	73	(Lossa)	1050	1150
Glückauf			Roland	—	50
Sondershausen	15,300	15,750	Ronneberg (Akt.)	116	118
Günthershall	3850	—	Rothenberg	1400	1450
Hann. Kal. Akt	23	—	Sachsen-Weimar	—	2550
Hansa	2950	2980	Schieferkante	350	400
Hattorf Vors.-A.	78	—	Siegfried I	2900	3000
Heidburg	54	55	Sigmundshall	127	130
Heidrungen I	1050	1150	Teutonia-Akt.	119	123
Heidrungen II	960	1000	Wilhelmshall	8850	9200
Hermann II	1850	1900	Winterhall	10,900	11,600
Hohenfels	5500	6000			
Hohenzollern	3300	3500			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090115010/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

𝔄 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter 1.1.4.7.10.	
𝔅 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do. 1.2.5.8.11.	
𝔊 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do. 1.3.6.9.12.	

Berliner Börse, 14. Jan. 1909

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.
Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 2½%.
Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rchs.Sch.	d	4	101.10B
do. 1.4.12	d	4	101.40G
do. 1.7.12	a	4	101.40b
do. 1.4.09	d	3½	100.20G
Pr.Schatz12	a	4	101.10B
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	94.90bG
do. do.	d	4	102.90bG
do. do.	v	3	85.60bG
Dt. Schutzg.	a	4	101.50bG
Prss. cs.Anl.	v	3½	94.90bG
do. do.	v	3	85.60bG
do. do.	d	4	102.80bG
do. Staff.A.	a	4	101.80bG
BadStb.A.01	a	4	101.80bG
do. do. 02	d	3½	—.—
Bayer. Anl.	e	4	—.—
do. do.	v	3½	94.10bG
do. Eisb.D.	b	3	84.20G
do. Ldsk.-R.	f	3½	—.—
BrnschL.Sch	d	3	—.—
Brem.Anl.99	b	3½	93.50G
do.05 u.15	d	3½	—.—
do. 96	d	3	82.90G
Cassel Ldcr.	c	3½	94.10G
do.XXI. u.17	c	3½	94.10G
do.XXII.u.14	c	4	101.10G
Hambg.St.R.	b	3½	95.30B
do. 1907	d	4	101.60bG
do.am.1900	a	4	101.80G
do.do.93/99	v	3½	—.—
do.86.87.02	v	3	—.—
Hessen 09	d	4	—.—
do. 93 00	d	3½	—.—
do.96 03/05	v	3	83.20G
Lüb.St.A. 05	e	4	—.—
do. do. 99	a	3½	—.—
do. do. 95	d	3	81.80bG
Mckl.EbSchv	a	3½	—.—
do. cs. A. 86	a	3½	—.—
do.do.90/94	d	3½	94.00bB
Old.StA.v.03	a	3½	94.20G
do. do. v. 96	7	3	88.00G
Sachs.G.StA	d	4	—.—
Sachs.WLdc	e	4	101.00G
Sachs.Stsrt.	v	3	85.80G
Brandb.Prov	d	3½	92.20G
Hann.Pr. IX.	e	3½	—.—
do. VII.VIII	d	3	—.—
Ostpr.Pr.Obl	a	4	100.70G
do. do.	a	3½	91.90bG
Pomm.Pr Anl	d	3½	—.—
do. VI. VII	d	4	101.30G
Posen.Pr Anl	a	3½	91.80G
do. do.	a	3	82.50G
Rhpr. XX.XXI	a	4	101.50G
do.XXII XXIII	d	3½	97.75G
do. XXX.	a	3,6	94.50G
XXIV-XXVII	v	3½	92.80bG
do.XXVIII 16	a	3½	92.80bG
do. XIX. u.09	a	3½	—.—
do. XVIII	a	3½	87.80B
do. IX.XI.XIV	a	3	—.—
Westf. Prov.	d	4	101.40b
do.u.15.16	d	4	101.50b
do. uk. 09	d	3½	—.—
do. II. III.IV	d	3½	93.00bG
do. uk. 15	d	3½	93.00bG
do. II.	d	3	85.50G
Westpr.Prov	d	4	—.—
do. do.	d	3½	—.—

Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen

AnklamKr01	d	4	—.—
Klv.D Wld. Tlt	d	4	100.30bG
Aachen. 93	d	3½	92.75G
do. III. 1912	d	4	100.50G
do. 1902	d	4	100.50G
Altenbg. I.II.	v	4	101.00G
Altona	v	3½	93.50B
do. 01 u. 11	d	4	100.40G
do II ausw19	d	4	—.—
Apelda. 95	a	3½	—.—
Augsburg	v	3½	—.—
do. do.	d	4	100.75G
Barmen 99	a	4	100.50G
do. 01	c	3½	92.60G
do. 07	b	4	100.90b
Berlin 04 II.	a	4	101.40b
do. 76/78	a	3½	97.50b
do. 82/98	v	3½	94.00G
do. 1904 I.	d	3½	93.90bG
do.HandlskO	a	3½	—.—
do. St.Syn. I.	a	4	100.80G
do. do.1902	a	3½	91.90b
Bielefeld	d	4	—.—
Bonn. 96	a	3	83.50G
do. 01/05	a	3½	93.00b
Brandenb10	d	4	100.50G
Breslau 91	v	3½	—.—
Bromberg02	d	4	—.—
Burg unk.10	a	4	100.40bG
Charl.89/99	v	4	—.—
do. 95 uk.11	d	4	101.60G
do. 07 uk.17	d	4	101.40G
do.95,99,02	v	3½	93.30bG
Cöln	v	3½	93.00G
do. 1900	d	4	101.40b
do.06uk11	a	4	100.90b
Cöpenick	d	4	101.00G
Cref00uc05	a	4	—.—
Danzig	d	3½	93.10G
Dt.-Eylau 07	a	4	100.50b
Dt.Wilmersd	d	4	100.75b
Dortmund	v	3½	93.75G
do. 12	a	4	100.50bG
Dresden	d	4	101.80bG
do. 1893	a	3½	95.10G
do. 1905	d	3½	95.10G
Düsseldrf99	c	4	101.00G
do.88/1903	v	3½	92.75bG
Duisburg 99	a	4	100.60G
do. 82/96	a	3½	92.00b
do. 1902	a	3½	—.—
Eisenach 99	a	4	100.60G
Elberfeld 99	a	4	101.00G
Elbing 1917	a	4	100.70b
Erfurt 93/01	d	4	—.—
do. 93/01	d	3½	—.—
Essen79/01	v	3½	94.60G
Frankfurt01	c	3½	—.—
do. do.	e	4	101.40B
Freibg.i.B 03	e	3½	92.00G
do. 12	c	4	100.60G
Fürstenwld.	d	3½	—.—
Glauchau 94	a	3½	92.75G
Görlitz 1900	d	4	—.—
do. do.	d	3½	—.—
Halberst. 97	a	3½	93.00G
Halle 86/92	v	3½	94.50G
do. do.	a	4	101.00G
Hamm iW.03	a	3½	92.00G
Hannover 95	a	3½	—.—
Heidelbrg03	d	3½	92.10G
Hildesheim	a	3½	94.10G
Kaiserslaut.	a	4	100.50G
Karlsruhe cv	v	4	101.70G
do. do.	v	3½	92.25G
do. 86/89	e	3	—.—
Kiel 89 98	a	3½	94.00G
do. 1904	a	4	100.60G
Königsbg 99	d	4	101.00B
Lichtbg 600	d	4	—.—
Ludwigsh06	a	4	—.—
do. do. 02	d	3½	92.00bG
Magdeburg.	v	3½	94.75B
do. 91 uc.10	a	4	101.25G
do. 06 uc.10	a	4	—.—
do. 02 uc.17	d	4	—.—
Mainzer 10	a	4	100.60G
do. 1916	c	4	100.80b
Mannh 1901	b	4	109.50B
Mersebg.01	d	4	100.80G
Mind. 95/02	v	3½	93.10G
Mülheim Rhr	d	3½	—.—
München 94	v	3½	93.50B
do. 1900/01	v	4	101.00B
do. 1907/13	d	4	101.00B
do. 1908	e	4	101.90b
Nürnb99 01	v	4	100.50G
do. 1896/98	v	3½	94.10G
Pirmasens	a	4	100.50G
Posen94/03	a	3½	92.00bG
do. 05 uc.12	a	4	100.50G
Potsdam 02	d	3½	93.00G
Rostock	a	3½	92.50G
Schönb.04II	d	4	101.10G
do. 96	d	3½	92.50G
Schöneb. 04 II	d	3½	92.50B
Schwerin i M	a	3½	92.00G
Spandau 91	d	4	101.80G
do. 95	d	3½	—.—
Stargard i.P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	93.10G
Stettin	a	3½	92.30b
do. 1904	d	3½	91.90bG
Teltow.Kreis	d	4	101.00bG
do. do.	d	3½	94.00G
Thorn01u11	d	4	100.30G
Weimar	a	3½	93.30G
Wiesb79/83	v	3½	94.50G
Worms. 01	a	4	100.60G
Zerbst 05 II.	a	3½	93.00G

Deutsche Pfandbriefe

Berlin. Pfdb.	a	5	118.75G
do. do.	a	4½	108.00G
do. do.	a	4	103.10G
do. do.	a	3½	95.20G
do. neue	a	4	100.75G
do. do.	a	3½	93.90bG
do. do.	a	3	83.50G
LandschCtr.	a	4	—.—
do. do.	a	3½	94.25bG
do. do.	a	3	83.40bG
Kur-u.Neum.	a	3½	94.50G
do. alte	a	3½	96.00G
do. Comm.O.	d	3½	93.25bG
do. do.	d	4	101.75bG
Ostpreuss.	a	4	100.70B
do.	a	3½	92.60G
do.	a	3	82.90bG
Pommersch.	a	3½	94.40bG
do.	a	3	85.75b
do. neuld	a	3½	92.90G
do. do.	a	3	—.—
Posensche	a	4	102.60G
do. XI-XVII	a	3½	95.00bG
do. Lft. D.	a	4	100.50G
do. Lit. B.	a	3	84.00G
do. Lit. C.	a	3½	93.50G
Sächsische	a	4	101.00G
do.	a	3½	94.40G
do.	a	3	86.00G
do. neue	a	4	101.00G
Schles. altld	a	3½	—.—
do.ldsch.L.A	a	4	100.80G
do. do. do.	a	3½	94.80bG
do. do. do.	a	3	85.50bG
do. do. L.C.	a	4	100.80G
do. do. do.	a	3½	94.80bG
do. do. do.	a	3	85.80G
do. do. L.D.	a	4	100.80G
do. do. do.	a	3½	94.60bG
do. do. do.	a	3	85.00G
Schl.Hlst.LC	a	4	100.40b
do. do.	a	3½	92.00G
Westf. Land	a	4	100.60G
do. do.	a	3½	95.50B
do.III. Folge	a	4	100.60G
Westpr.rit.I.	a	3½	94.30b
do. IB.	a	3½	93.30G
do. II.	a	3½	92.90b
do. I.	a	3	84.00G
do. II.	a	3	84.00G
do. neuld.	a	3½	91.20bG
do. do.	a	3	83.25G
HssL.XII.XIII	a	4	101.00bG
do. XIV. XV.	a	4	101.40G
do. I-XI.	a	3½	92.10G
do.C Ob.V.VI	a	4	101.00G
do. do. I-IV	a	3½	92.10G
Oldb. st.Crd.	a	4	101.20bG
do. do.	v	3½	94.10G
SachsAlt. LO	v	3½	93.75G
do Gotha Ldc	d	3½	93.00G
do LwPfXXIII	a	4	101.50G
do. do. XXV.	v	3½	95.00G
do.Crdb XXII	a	4	101.50G
do. do. XXV	v	3½	95.00G

Renten-Briefe

Hannovrsch.	d	4	101.10G
do.	v	3½	93.00G
Hessen Nass	d	4	—.—
do.	v	3½	—.—
Kur-u.Neum	d	4	101.10G
do.	v	3½	93.20G
Pommersch.	d	4	101.10G
do.	v	3½	93.00B
Posensche	d	4	101.10G
do.	v	3½	93.00G
Preussische	d	4	100.90b
do.	v	3½	93.00G
Rhein-Westf	d	4	101.60b
do.	v	3½	93.00G
Sächsische	d	4	101.10G
Schlesische	d	4	101.20b
do.	v	3½	93.70G
Schlesw Hlst	d	4	101.10bB
do.	v	3½	93.00B

Deutsche Lose

Augsbg. 7GL	—	frc.	33.30b
Bad. Pr.A.67	b	4	155.75bG
Brschw20TL	—	frc.	204.4Cb
CölnMd.Pr.A	d	3½	136.00b
Hamb.50T.L	3	3	155.50b
Lübeck. do.	4	3½	—.—
Mein.7GldL.	—	frc.	33.75b
Oldenb4UTL	2	3	127.10b
D.Ostaf Schv	a	3½	96.75b
Ostaf. Eisb.A	1	3	—.—

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Arg.Eisb. 90	a	5	101.20b
do.innGld07	k	5	100.90b
do. Anl. v.87	a	5	—.—
do.ab1000P	a	5	100.80b
inn.4000M	c	4½	97.90b
do. 400 M.	c	4½	98.50b
do. ausl100L	d	4½	95.30b
doGs.8.8.96	d	4	85.90b
BosnischAnl	b	4	—.—
do. 02	a	4½	97.70B
Bulg.St.A.92	a	6	—.—
do. mittlere	a	6	—.—
Chile Gold A.	a	4½	—.—
do. 408 M.	a	4½	93.50G
do. v. 1906	d	4½	89.40bG
Chin.Anl.v95	a	6	—.—
do. v. 96	d	5	102.40bG
do.Tients.-P	d	5	100.75b
do. v. 98	c	4½	98.30bG
Egypt.A.gar.	b	3	—.—
do. DairaA.	h	4	—.—
Finnld. Lose	—	frc.	168.00b
Freib. 15FrL	—	frc.	37.75bG
GrchA81/84	a	1,6	49.50G
do.cs.Goldr.	d	1,3	38.10bG
do. Monopol	a	1½	49.25bG
do.Pir.L400	k	1,6	48.00bG
JapA.10.1.7	—	4½	92.30bG
do.	a	4	85.25bG
Italien.Rent.	a	3½	—.—
do.	a	4	—.—
MexikA500L	q_1	5	—.—
do. 200L	q_1	5	102.90B
do. 20L	q_1	5	102.80b
do. 1904	f	4	93.10G
do. 2100M	f	4	—.—
Norweg.A 94	h	3½	—.—
do. 88	b	3	—.—
Oesterr.Gldr	d	4	97.90bB
do. Kronenr.	c	4	95.10G
do.einh.cv.R	v	4	94.60G
do. Silb.Rnt.	d	4⅕	98.00B
do. Pap.Rnt.	b	4⅕	—.—
do. 60r Lose	e	4	—.—
do. 64r Lose	—	frc.	518.00B
Port.St.-Anl.			
unif. III.	a	3	58.75bG
do. III. Spec.	—	frc.	9.40G
Rumän. 03	f	5	101.00b
do. 89	a	4	90.90b
do. 90	a	4	92.90b
do. 91	a	4	89.40b
do. 94	a	4	89.30b
do. kleine96	e	4	89.25b
do.am.98	e	4	89.00b
do. kleine	v	4	89.00b
do. conv.	d	4	89.70bG
do. 1905	d	4	88.90b
Russ. s.A.80	e	4	83.60B
do.Goldrent.	a	5	84.10bG
do.GoldA.89	q_3	4	—.—
do. do. 94	q_1	4	—.—
do. do. 94	q_1	3½	76.30bG
do. do. 96	q_3	3	—.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090115010/fragment/page=0006
DFG